

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 249 · 21. JAHRGANG · AUSGABE 10/2015 VOM 10. OKTOBER 2015 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Freiheitliche
Ökonomie**
Kolloquium im Flur (4)

8/9 | **Ein Spaziergang
und das Erntedank-Fest**
Willkommen in Eberswalde

12 | **25 Zahlen zur
deutschen Geschichte**
Hier ohne Bild(er)

Sportzentrum Westend:

Fehler der Vergangenheit

Die Hälfte der TWE-Verluste sind Bankzinsen und Kredittilgung

Eberswalde (bbp). Der Umbau des Sportzentrums Westend kostete insgesamt etwa 15,4 Millionen Euro. Die TWE Technische Werke Eberswalde GmbH als Eigentümerin steuerte 2 Millionen Euro an Eigenkapital bei. Circa 4,7 Millionen Euro wurden durch Fördermittel finanziert. Für die restlichen 8,7 Millionen Euro sind Bankkredite aufgenommen worden. Mit diesen und anderen Informationen wartete TWE-Geschäftsführer Horst Schaefer bei der öffentlichen Informationsveranstaltung am 17. September auf.

Für Zins, Tilgung und Auflösung der Fördermittelsonderposten müssen derzeit jährlich etwa 500.000 Euro aufgebracht werden, was grob gerechnet der Hälfte der jährlichen Verluste des Sportzentrums ausmacht. Der operative Betrieb kostet mit rund 1,2 Millionen Euro etwa das Doppelte der jährlichen Einnahmen aus Eintrittsgeldern. Nach dem Verkauf der Stadtwerkeanteile stehen die dort realisierten Gewinnausschüttungen nicht mehr zur Verfügung. Der auf Sparkonten gelagerte Verkaufserlös wird seither aufgezehrt.

Während die Kapitalkosten insbesondere infolge der aktuell niedrigen Zinsen und der fortschreitenden Tilgung künftig geringer werden, ist bei den Betriebs- und Personalaufwendungen mit stetig steigenden Kosten zu rechnen, zumal nach Aussage des Geschäftsführers die Möglichkeiten von Kostenoptimierungen weitgehend ausgeschöpft sind und in den nächsten Jahren zunehmend Ersatzinvestitionen für verschlissene Anlagenteile notwendig werden.

Seit dem vorigen Jahr warb Schaefer deshalb für eine Anhebung der Eintrittspreise im Sportzentrum. Nachdem die Stadtverordneten zunächst mit drastischen Preiserhöhungen von bis zu 120 % erschreckt wurden (vgl. BBP 6/2015), stimmte im Sommer die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich einer etwas moderateren Anhebung der Eintrittspreise zu.

Irritationen gab es dann im Sommer, weil einige Vereine, die Gesundheitssport anbieten in die Klasse kommerzieller Anbieter eingeordnet wurden. Die Informationsveranstaltung sollte die Sache klären. Schaefer konnte nachweisen, daß einige gemeinnützige Vereine ihre Nutzungszeiten mittels Kooperationsvereinbarungen wirtschaftlich tätigen Unternehmen zur Verfügung gestellt hatten, die sich damit, so Schaefer, kostengünstige Kursgebühren erschlichen haben. Dies erfülle den Tatbestand des Betrugs. Der Gesundheitssport sei auf diese Weise gegenüber den anderen Nutzern überdurchschnittlich subventioniert worden. Den ermäßigten Eintrittspreis von 3,60 Euro hält Schaefer für Teilnehmer des Gesundheitssports durchaus für angemessen. Die neuen Regelungen würden die unrechtmäßige Inanspruchnahme günstiger Tarife unterbinden. »Kommerzielle Nutzer werden nicht mehr über den für alle Nutzer gezahlten Zuschuß hinaus mit Steuergeldern subventioniert«, so Schaefer, der schließlich noch einmal ausdrücklich darauf hinwies, daß die Mehreinnahmen durch die neuen Entgelte lediglich 14 Prozent des Zuschußbedarfs decken würden. Und auch das nur unter der Voraussetzung, daß die Besucherzahlen stabil bleiben. Die aus Fehlern der Vergangenheit resultierenden Lasten können künftig nur durch Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt ausgeglichen werden

Die Kronensymmetrie



Eberswalde (bbp). Entgegen dem ursprünglichen Entwurf des Bebauungsplanes für das künftige »Westend-Center« sollen die beiden stattlichen Roteichen am Eingangstor zum Gelände der früheren Märkischen Elektrizitätswerke (MEW) erhalten bleiben. Inzwischen wurde jeglicher Aufwuchs auf dem Gelände entfernt und auch der Abbruch der Gebäude ist bereits weit vorangeschritten. Doch auch die beiden Roteichen blieben nicht ungeschoren. Gegenüber dem ursprünglichen Zustand (Foto oben) sind die Bäume auf dem im Sommer 2015 gemachten Foto (Foto unten) erkennbar ausgelichtet worden.

Namens der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde hatte deren Vorsitzender Carsten Zinn nachgehakt. Das Baudezernat antwortete gewohnt zügig: Nach Rücksprache mit Dr. Falko Hornschuch von der Finower UWEG mbH teilte die zuständige Mitarbeiterin Beatrix Pohl mit, daß am 30. Mai »mit Genehmigung und Überwachung der UNB* ein erster Rückschnitt nach dem Blattaustrieb von der Straßenseite aus« erfolgte. Dazu »wurde an einem Sonnabend die Obus-Leitung abgeschaltet. Der Rückschnitt war aus Verkehrssicherungsgründen erforderlich.«

Bei diesem »Rückschnitt« soll es nicht bleiben. Wegen der sichtlichen Verunstaltung der Bäume soll »nach dem Rückbau der Gebäude ... im Herbst nach dem Laubfall nochmal baumpflegerisch eingegriffen werden. Zur Sicherung der Kronensymmetrie soll ein Korrekturschnitt erfolgen. Auch wieder in enger Abstimmung mit der UNB.«

* UNB = Untere Naturschutzbehörde beim Landkreis Barnim



Im Zweifel für die Säge

Bereits am 20. August hatte ich mich wegen der gefälltten Kastanie am Dorfplatz in Finow an die Baudezernentin Anne Fellner gewandt. Die Fällung sehe ich im Widerspruch zur beachteten Aufwertung des Dorfplatzes, mal ganz davon abgesehen, das es eine Baumschutzordnung gibt.

Es ist aus meiner Sicht symptomatisch, wie die Stadtverwaltung und die Mehrheit der Stadtverordneten mit dem Thema umgehen. Von einer gewissenhaften Prüfung kann man in diesem Fall nicht ausgehen, auch wenn die Fällung mit der Unteren Naturschutzbehörde »abgestimmt« worden sein soll.

Ich halte die Baumfällung für eine glatte Fehlentscheidung und für einen Baumfrevler. Es handelte sich um einen gesunden, großen Baum, der das Gesicht des Dorfplatzes maßgeblich bestimmte. Die Kastanie war fast so groß wie die Friedenseiche in der Mitte des Platzes. Sie war nicht einmal von der Miniermotte befallen, der Stamm zeugte von prächtiger Gesundheit, wie man dem Sägeschnitt entnehmen kann. Die behaupteten »Anfahrsschäden« sollen als Alibi für die Fällung herhalten, waren aber nicht gravierend.

Ein Blick in die Bauunterlagen zeigt, daß die Fläche in diesem Bereich als Gehweg genutzt werden wird. Worin also die Probleme bestehen sollen, die Fläche barrierefrei zu gestalten, ist nicht nachvollziehbar. Die Gehwegfläche ist in diesem Bereich sogar breiter als die Straße, die knapp 5 m breit ist. Es ist doch nicht etwa der Papierkorb hinderlich, der nahe dem Standort der Kastanie angebracht werden soll?

Nun ist die Kastanie gefällt. Aber es geht um mehr als einen einzelnen Baum. Es war doch gerade das Ziel, die Aufenthaltsqualität des Dorfplatzes zu erhöhen. Mit der Fällung der Kastanie wurde die Aufenthaltsqualität gesenkt. Die Pflanzung neuer Bäume im Rahmen der Neugestaltung ist ein schlechter Ersatz für diesen herrlichen Baum. Weitere neue Bäume hätten auch gepflanzt werden können, ohne daß die Kastanie sterben mußte.

Das Problem besteht vielmehr darin, daß die Wertschätzung der Verwaltung für den Baumbestand in der Stadt zu gering ist. Schon frühere Forderungen zur Schonung und Pflege des Baumbestandes in der Waldstadt Eberswalde wurden von Frau Fellner damit beantwortet, Eberswalde sei keine »Waldstadt« sondern eine »Stadt im Wald«. Das gibt dann eine andere Basis für die Ermessensentscheidung, die auch im Falle der Kastanie getroffen wurde. Bei Gericht heißt es in solchen Fällen: Im Zweifel zu Gunsten des Angeklagten. In Eberswalde dagegen: Im Zweifel zugunsten der Säge.

Frau Fellner, nehmen Sie bitte meinen Protest zur Kenntnis und korrigieren Sie Ihre Haltung zum Stadtgrün. Im Falle der Eiche am Dorfplatz wünsche ich uns, daß sie die Wurzelschädigung durch die Baumaßnahmen übersteht.

ALBRECHT TRILLER

André Stahl wird Ehrenbürger

Biesenthal (bbp). Die Stadt Biesenthal hat zwei neue Ehrenbürger. In nichtöffentlicher Sitzung entschieden die Stadtverordneten am 27. August, anlässlich der Feierlichkeiten »700 Jahre Stadtrecht Biesenthal« im Dezember 2015 »in Würdigung herausragender Verdienste« das Ehrenbürgerrecht an GERTRUD POPPE und ANDRÉ STAHL zu verleihen.

Gertrud Poppe ist seit langen Jahren als Chronistin der Stadt tätig. André Stahl engagierte sich seit 2006 als ehrenamtlicher Bürgermeister für das Wohl der Stadt. Das Ehrenamt gab der LINKEN-Politiker auf, als er im Herbst 2014 zum hauptamtlichen Bürgermeister von Bernau gewählt wurde.

Zuvor hatte die Biesenthaler Stadtverordnetenversammlung in öffentlicher Sitzung die bereits am 17. Juli erfolgte Eilentscheidung von Bürgermeister Carsten Bruch (CDU) und dem Amtsdirektor von Biesenthal-Barnim André Nedlin zur Bestellung von Gertrud Poppe als Ortschronistin bestätigt. Durch die offizielle Bestellung hat sie nun ungehinderten und vor allem kostenfreien Zugang zu Archiven, einschließlich der unentgeltlichen Vervielfältigung von Unterlagen, in Brandenburg und darüber hinaus. Die Dringlichkeit wurde mit den notwendigen Vorbereitungen für die Festveranstaltung »700 Jahre Stadtrecht Biesenthal« begründet.

Sozialdezernent auf dem Abflug

Bellay Gatzlaff will Eberswalde verlassen

Eberswalde (bbp). Ein Jahr ist es her, daß der damals noch als Verwaltungs- und Finanzdezernent agierende BELLAY GATZLAFF eine vierteljährige Zwangspause einlegte. Offiziell war von einer Erkrankung die Rede. Hinter vorgehaltener Hand war indes von einem Streit zwischen Gatzlaff und Bürgermeister Friedhelm Boginski die Rede, dem gewisse Eigenmächtigkeiten seines Vizebürgermeisters, die von ihm lange Zeit gefördert wurden, nun doch zu weit gingen. Insider sprachen vom »zerschnittenen Tischtuch« und einer faktischen Beurlaubung.

Als Verwaltungsdezernent trug Gatzlaff auch für das Personal Verantwortung. Als Ende 2014 die Besetzung des Sozialdezernats erneut scheiterte, löste der Bürgermeister dieses Problem, indem er den Beurlaubten kurzerhand als neuen Sozialdezernenten einsetzte.

Was angesichts der Differenzen als Strafversetzung erscheinen muß, wurde von Bellay Gatzlaff offensichtlich auch so aufgefaßt. Jedenfalls bemüht er sich um berufliche Alternativen. Aktuell steht er auf der Bewerberliste für den Posten des Sozialbeigeordneten in Halle/Saale, berichtet die Mitteldeutsche Zeitung in ihrer Ausgabe vom 6. Oktober.

Große Chancen werden ihm allerdings nicht eingeräumt. Das Vorschlagsrecht für das Beige-

ordnetenamt liegt bei der CDU/FDP-Fraktion, die mit dem Koordinator für Jugendintegration im Hallenser Rathaus einen Kandidaten aus den eigenen Reihen präferiert.

Auch wenn der Stadt Eberswalde ihr Sozialdezernent vorerst erhalten bleibt, stellen sich den Stadtverordneten und den Dezernatsmitarbeitern Fragen. Von einem Dezernenten, der nur auf eine passende Gelegenheit lauere, um seinen Job an den Nagel zu hängen und der Stadt den Rücken zu kehren, könne kaum mehr als ein »Dienst nach Vorschrift« erwartet werden, heißt es. Während manche Amtsleiter sehr gut mit einem schwächelnden Chef leben können, der ihnen nicht in die Quere kommt, machen sich einzelne Mitarbeiter und vor allem Stadtverordnete Sorgen wegen mangelnder Organisation und Effizienz im Dezernat.

Inzwischen hat sich auch Gatzlaff selbst zu seinen Wechselabsichten geäußert (vgl. MOZ, 07.10.2015). Er nennt als Gründe, daß er in Halle näher an seiner alten Heimat sei und ihn die Herausforderung reize, ein Dezernat zu leiten, das mit etwa 650 Mitarbeitern größer ist als die gesamte Eberswalder Stadtverwaltung. Zugleich verspricht er »Freude und Einsatz« bei der Aufgabenerfüllung in Eberswalde, falls er in Halle nicht genommen wird.

»Rotfuchs« im BBZ

Eberswalde (bbp). Die Eberswalder Rotfuchs-Regionalgruppe hat ab sofort einen regelmäßigen Treffpunkt. Jeden ersten Montag im Monat, von 16 bis 18 Uhr, treffen sich die Leser des linken Politmagazins im Eberswalder Bürgerbildungszentrum Antonio Amadeu in der Puschkinstraße 13 zum Meinungsaustausch, erstmalig am 2. November 2015.

Alle Politikinteressierten, ob Mitglieder einer Partei oder Parteilose, haben hier die Möglichkeit sich zu begegnen.

Kontakt: E-Mail www.rotfuchs-gruppe-eberswalde@web.de, Tel. 01742755932

Neue Zuständigkeit

Eberswalde (bbp). Die Quartiersmanagerin JOHANNA JOHNE-AKÇINAR im Brandenburgischen Viertel untersteht künftig im Rathaus dem Bereich der Referentin für soziale Angelegenheiten Barbara Bunge. Bisher war das Quartiersmanagement »Soziale Stadt« dem Amt für Bildung, Jugend und Sport zugeordnet. Die Betreuung innerhalb des Amtes hatte vorwiegend der Sachgebietsleiter Jugend und Sport RAINER PFÖRTNER wahrgenommen. Rainer Pförtner informierte den Sprecherrat »Soziale Stadt« auf dessen Sitzung am 21. September über die Änderung.

Kolloquium im Flur (Teil 4):

Freiheitliche Ökonomie

Seit 20 Jahren gibt es die »Barnimer Bürgerpost«. Verein und Zeitung feierten das Ereignis am 6. Juni mit einem Pressefest, dessen inhaltlicher Schwerpunkt das »Kolloquium im Flur« darstellte. Wir hatten versprochen, alle Kolloquiumsbeiträge in der »Barnimer Bürgerpost« zu dokumentieren. Bisherige Themen waren der Rückblick auf die 20 Jahre durch den BBP-Redakteur (BBP 7/2015), »Wachstum und Verschuldung im zinsbasierten Wirtschaftssystem« mit Dr. Ulrich Pofahl (BBP 8/2015) und »Von FreiRäumen und Hebewerken« mit Christoff Gäbler (BBP 9/2015). Im vierten und letzten Vortrag des Kolloquiums befaßte sich der Vereinsvorsitzende Dr. MANFRED PFAFF mit dem Thema »Ökonomie freier Projekte am Beispiel der Barnimer Bürgerpost«.

Beim Thema Freiheitliche Ökonomie sind wir bei Georg Friedrich Hegel und Friedrich Engels, wonach unter Freiheit die Einsicht in die Notwendigkeit zu verstehen ist. Ich kann also nicht einfach machen, was mir im stillen Kämmerlein einfällt, ohne auf die Bedingungen zu achten. Ich muß es so machen, daß es funktioniert.

Wir haben damals die »Barnimer Bürgerpost« gemeinsam geschaffen, um der erfahrenen Ausgrenzung und den teilweisen Anfeindungen wegen »zu früher Geburt«, Herkunft und eigener Meinung entgegenzuwirken sowie zur Analyse der Geschichte und zur politischen Willensbildung in unserer Heimat beizutragen.

Wir versuchten damals, klare Regeln zu finden. Sie sind ziemlich einfach. Niemand kriegt dafür Geld, wenn er hier geistige Arbeit reinsteckt. So entstand die Barnimer Bürgerpost als Plattform, wo jeder, der das möchte, seine Gedanken veröffentlichen kann. Nicht mehr und nicht weniger.

Wir haben es geschafft, daß sich unzählige viele Leute beteiligt haben. Dabei beteiligt sich jeder in dem von ihm gewollten Ausmaß. Der eine schreibt gern, mancher auch viel. Ein anderer kann nicht schreiben, hat aber viel Zeit, der nächste weniger. Das Projekt ist soweit offen, daß man das machen kann. Die einzige Verbindlichkeit besteht darin, daß man ansagt, wenn man nicht mehr mitmachen will, um zu ermöglichen, daß wir einen Ersatz finden. So entstanden (bis Juni 2015) als gemeinschaftliches Werk in konzentrierter, fleißiger Arbeit 245 Ausgaben der Barnimer Bürgerpost. Dadurch sind wir Teil der öffentlichen Kultur in Eberswalde und im Barnim.

Wichtig für das Funktionieren sind unsere fünf PUBLIZISTISCHEN GRUNDSÄTZE. Die garantieren die Meinungsfreiheit der Autoren und die Rechte der anderen, um bei aller Polemik, die dazugehört, niemanden zu beleidigen. Es wird nicht nachgetreten und es gibt keine Kommentare zu irgendwelchen Veröffentlichungen. Es steht da die Meinung des Einzelnen, der da den Text unterschrieben hat, im Raum, die dann selbstverständlich in der nächsten Ausgabe auch diskutiert werden kann.

Grenzen setzt nur der zur Verfügung stehende Platz. Der limitiert. Insofern entscheidet auch ein wenig die Qualität und Aktualität des jeweiligen Textes darüber, ob er Aufnahme in der Barnimer Bürgerpost findet.



Foto: GERT MARRMANN

Die Entscheidung darüber liegt allein in der Hand des Redakteurs. Darauf hat niemand vom Verein Einfluß. Auch das ist Bestandteil der Publizistischen Grundsätze.

Der Verein ist also praktisch der Träger und die Barnimer Bürgerpost ist das Projekt. Das ist auch ökonomisch vernünftig. Den Verein gibt es auch noch, wenn es die Zeitung nicht mehr geben sollte. Und der Verein kann auch noch andere Kinder in die Welt setzen, ohne daß die Barnimer Bürgerpost gestört wird. Das haben wir ja auch schon gemacht.

Der Verein organisiert den rechtlichen und organisatorischen Rahmen für die Zeitung und garantiert mit kleinem Kapital den Zahlungsverkehr. Dabei gibt der Verein der Zeitung keine Subventionen – wie er auch selbst kein Subventionsempfänger von wem auch immer ist. Und er entnimmt auch keinen Gewinn.

Die Zeitung kommt also ohne fremde Mittel aus. Alles, was wir brauchen, erwirtschaften wir selbst. Alles wird von demjenigen bezahlt, der die Zeitung kauft. Er bezahlt den einen Euro dafür, daß er das bedruckte Papier nach Hause gebracht kriegt. Für den Inhalt der Zeitung bezahlt er nichts. Er kann damit machen, was er will, kann rumschimpfen oder nach Amerika schicken oder sonstwas damit machen. Der Inhalt wird ihm vom jeweiligen Autor geschenkt, der sich darüber freut, daß jemand seinen Text liest. Es ist die Motivation des Autors, daß seine Gedanken in die Welt kommen. Das ist ein Bedürfnis, das wir mit der Barnimer Bürgerpost befriedigen können.

In diesem organisatorischen Rahmen funktioniert alles eigenständig. Es ist also nicht so, daß da jedesmal eine Vereinsversammlung stattfindet, es einen Raum geben muß. Das passiert faktisch in einer virtuellen Welt.

Das ökonomische Prinzip funktioniert zunächst durchaus kapitalistisch. Dabei wird die Leistung »bedrucktes Papier« bezahlt. Aber die »Schreibarbeit« nicht. Diese ist aber auch keine unbezahlte Sklavenarbeit. Denn unser Verein akkumuliert kein Kapital. Das Vereinsvermögen muß keine Zinsen abwerfen. Es dient einzig dazu, den Zahlungsverkehr abzuwickeln. Rund Tausend Euro reichen dafür aus. Wenn man sich das borgen würde zu 3 %, wären also lediglich 30 Euro pro Jahr notwendig, um die Zeitung am Laufen zu halten. Aber wir müssen nichts borgen. Faktisch ist gar kein Kapital erforderlich.

Durch die gemeinsame, kooperative Arbeit sind wir klüger, freier und reicher geworden. Natürlich ist es durchaus eine ziemlich verkniffelte Sache, daß das auch immer funktioniert. Wie durch ein Wunder tauchen immer drei Tage vor Veröffentlichungstermin die Artikel auf – und wie durch ein Wunder wird dann die Zeitung gedruckt und verteilt. Klar, daß da das eine oder andere Chaos entsteht und geregelt werden muß. Aber es hält sich alles in Grenzen.

Wir haben demonstriert, daß sich freiheitliche Ökonomie mit vorhandenen Mitteln und Möglichkeiten gestalten und entwickeln läßt. Wir haben auf einfache Art wenig genutzte organisatorische und geistige Ressourcen erschlossen. Das haben wir uns damals nicht so gedacht, doch faktisch handelt es sich um ein sozialistisches Experiment, mit dem wir die Kapitallogik teilweise aushebeln.

Das ist natürlich nur möglich, wenn die Menschen satt sind, die Zeit haben und ein Bedürfnis zum Schreiben oder dafür, sich anderweitig einzubringen. Sich einbringen und einfügen in eine Organisation. Ohne dem geht es nicht. Man kann nicht gehen und kommen, wann man will. Die Produktionslogik der Zeitung setzt die Regeln. Es ist, wie ich vorhin sagte, die Einsicht in die Notwendigkeit. Wenn ich will, daß meine Gedanken oder die anderer veröffentlicht werden, muß ich auch etwas dafür tun.

Die Barnimer Bürgerpost ist so gesehen ein Zukunftsprojekt. Ich gehe davon aus, daß die Tendenz, geistige Arbeit nicht zu bezahlen, künftig immer weiter zunehmen wird. Der Geist, das menschliche Denken, ist nicht jene »knappe Ressource«, deren Bewirtschaftung sich die Ökonomie verschrieben hat. Es gibt immer mehr Menschen, die gut ausgebildet sind, die etwas können und das auch zeigen wollen. Denn es gehört ja zum Menschen, daß er sich auseinandersetzt, sich Gedanken macht und versucht, mit anderen zu kommunizieren. Zugleich gehe ich auch davon aus, daß sich die Bedingungen unbezahlter, vergesellschafteter Arbeit verbessern werden. Künftig wird es noch mehr solche Projekte geben. Einfach aus dieser Logik heraus. Viele Leute glauben, der Sinn des Lebens wäre, viel Geld anzuhäufen. Wir haben gezeigt, daß es auch ohne dem geht. Und ich halte das für eine Zukunftsoption.

Friedenseiche

Eberswalde (bbp). Die Behandlung von Bäumen erhitzt in Eberswalde immer wieder die Gemüter. Zuletzt schlug die Kritik der bündnisgrünen Stadtfraktion im Zusammenhang mit dem Straßenbau im alten Dorfzentrum von Finow Wellen. In der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt (ABPU) am 6. Oktober stellte die Fraktion nun offizielle Fragen.

Die Bündnisgrünen wollten die Gründe wissen, warum die Ausschußmitglieder nicht über die beabsichtigte Fällung informiert wurden. Die Planungsunterlagen, so die Antwort der Baudezernentin, seien »im ABPU und im Hauptausschuß vorgestellt, erläutert und mehrheitlich befürwortet« worden. »In der Erläuterung zur Präsentation wurde auch erwähnt, daß Baumfällungen notwendig und Ersatzpflanzungen im Baufeld vorgenommen werden. Durch den Vortragenden wurde nicht ausdrücklich auf die notwendige Fällung der Kastanie hingewiesen.« Dieser Umstand sei ausgewertet worden. In Zukunft werde Wert darauf gelegt, »daß die von uns beauftragten Büros über solche Eingriffe ausdrücklich informieren«.

Bei dem Büro handelt es sich übrigens um das Ingenieurbüro für Bauplanung (ibe) des CDU-Stadtverordneten Uwe Grohs, das aus vier Angeboten ausgewählt wurde. Das gleiche Büro plante zum Jahreswechsel 2013/14 die Außenanlagen der Grundschule Schwärzese. Damals waren vor der Beschlußfassung mit der Fällung des Kiefernwäldchens auf dem Gelände vollendete Tatsachen geschaffen worden (BBP 1/2014). Bereits damals hatte die Stadtverwaltung Besserung gelobt.

Während in den Ausschüssen im Februar Planzeichnungen ohne Hinweise auf die Fällung gezeigt wurden, lag der Fällungsantrag schon bei der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) des Landkreises.

Es seien Möglichkeiten zum Erhalt der 150 Jahre alten und mächtigen Kastanie geprüft worden, so die Dezernentin zur zweiten Frage. »Es wurde überlegt, die Straße und den Gehweg um ca. 25 cm anzuheben, um barrierefrei über die starken Aufwurzeln des Baumes zu kommen.« Die umliegenden Wohnhäuser »sowie der barrierefreie Zugang zum Verwaltungsgebäude WHG haben dazu geführt, daß diese Überlegungen verworfen wurden«. Die Abstände vom Standort der Kastanie bis zu den angeführten Wohn- und Geschäftshäusern betragen mindestens 10 Meter. Desweiteren verwies die Dezernentin auf Anfahrtschäden im Bereich der Stark-Äste. Dort seien Pilzfruchtkörper festgestellt worden. Im unteren Stammbereich gab es eine 20 cm tiefe Höhlung und außerdem gab es vom Kronenansatz bis zur Hälfte des Stammes einen Stammriß. »Diese Vorschädigungen haben in der Abwägung mit dem Ziel der Barrierefreiheit sowie in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde zum Entschluß der Fällung und Ersatzpflanzung geführt.« Gefällt wurde dann mit-

Eine Diskussion war unerwünscht

Eberswalde (bbp). Mit ihrem Eilantrag, das Thema Flüchtlinge auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 24.9. zu kommen, fand die Fraktion *Alternatives Wählerbündnis Eberswalde* keine Mehrheit. Nur Stimmengleichstand 7:7. Neben den Mitgliedern der Einreicherfraktion unterstützten Hardy Lux und Ringo Wrase (beide SPD), Winfried Bohn (CDU) sowie Frank Banaskiewicz (Bürgerfraktion Eberswalde) den Vorschlag. Bürgermeister Friedhelm Boginski, Dr. Sabine Klavehn und Götz Trieloff (alle FDP) sowie Volker Passoke, Wolfgang Sachse, Fred Sponner und Jürgen Wolff (alle DIE LINKE) stimmten dagegen. Die meisten Stadtverordneten enthielten sich der Stimme. Grund war wohl, daß kurzfristig die zuständige Kreisdezenturin Silvia Ulonska angekündigt war, im Tagesordnungspunkt »Informationen aus der Verwaltung« zu dem Thema zu sprechen. Allerdings gab es so keine Diskussion und die vorgebrachten Fragen fielen gleich mit unter den Tisch. Obwohl die Fraktion die Fragen für den Fall der Ablehnung ihres Eilantrags ausdrücklich in den Tagesordnungspunkt »Anfragen« eingeord-

net haben wollte. Das wäre ohne speziellen Eilantrag möglich gewesen.

Nachfolgend dokumentieren wir die Fragen:

1. Wie viele Asylbewerberinnen und Asylbewerber bzw. Flüchtlinge sind seit 2013 innerhalb der Stadt Eberswalde untergebracht worden (jeweils zu den Stichtagen 30.06. und 31.12.)?

2. Wie viele davon sind in den einzelnen Ortsteilen untergebracht (ebenfalls zu den genannten Stichtagen)?

3. Nach aktuellen Informationen, die von verschiedenen Seiten gegeben werden, soll eine zentrale Unterbringung in einzelnen Objekten erfolgen, wie dem ehemaligen Hotel »Finesse« in der Angermünder Straße, der ehemaligen Schule in der Eisenbahnstraße, dem künftig erweiterten Wohnverbund der WBG in der Schwärzeseestraße sowie den Wohngebäuden der WHG in der Potsdamer Allee 45-59. Wie wird gewährleistet, daß möglichst zeitnah eine dezentrale Unterbringung insbesondere von Familien und bleibeberechtigten Flüchtlingen erfolgen kann?

4. Wie und in welcher Form werden die Anwohner der genannten zentralen Objekte informiert und einbezogen?

Weniger Bauland

Eberswalde (bbp). Der Bebauungsplan Nr. 708 »Clara-Zetkin-Siedlung – hinter der Fliederallee« wird derzeit geändert. Dabei soll die Baufläche etwa um ein Viertel reduziert werden. Statt drei Erschließungsstraßen gibt es nur noch zwei. Auch die Grundstücksgrößen sollen dem Bedarf angepaßt werden. Bisher wurden Grundstücke mit rund 500 m² und 1100 m² angeboten. Nachgefragt werden aber vor allem mittlere Grundstücksgrößen um 700 m². Nach der Änderung sollen die Grundstücke daher zwischen 700 und 950 m² groß sein. Die Flächen im Osten verlieren ihren Status als Bauland und bleiben entsprechend ihrer aktuellen Nutzung Flächen für die Landwirtschaft. Im Rahmen der »frühzeitigen Beteiligung« hatten lediglich 8 der 84 angeschriebenen Grundstückseigentümer Widerspruch signalisiert.

Seit dem 2. Bauabschnitt ist die Stadt Erschließungsträger, wobei die Vorfinanzierung durch die einzelnen bauwilligen Eigentümer Teil des Konzepts ist. Nicht bauwilligen Eigentümern wurden die Grundstücke durch die Stadt abgekauft. Dies wird nun auch hinsichtlich der widersprechenden Eigentümern angestrebt, denen es meist darum geht, keine weiteren Kosten zu haben. Drei der acht Widersprechenden haben sich bereits auf einen Verkauf ihrer Grundstücke eingelassen. Im Baudezernat der Stadt wird davon ausgegangen, daß auch mit den anderen fünf eine Einigung durch Kauf mit Entschädigung oder Grundstückstausch möglich ist. Geplant ist, im November den Einleitungsbeschluß zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr 708 den Stadtverordneten zur Beschlußfassung vorzulegen.

Mehr Bauland

Eberswalde (bbp). Im Baugebiet Ostender Höhen sind im 1. Bauabschnitt 35 Grundstücke durch die Eberswalde-Ostend GmbH und 10 Grundstücke durch die Stadt Eberswalde erschlossen worden. Von den städtischen Grundstücken ist nur noch eines verfügbar, während die Eberswalde-Ostend GmbH erst die Hälfte ihrer Grundstücke vermarktet hat. Daher will die Immobilienfirma den bereits abgeschlossenen Erschließungsvertrag für den 2. und 3. Bauabschnitt aufheben und bietet die Grundstücke für 75.000 Euro der Stadt zum Kauf an, was einem Quadratmeterpreis von fünf Euro entspricht.

Seitens der Bauverwaltung wird ein »erhebliches Interesse« postuliert, »das Baugebiet weiterzuentwickeln, da derzeit eine große Nachfrage an Baugrundstücken« bestehe. Mit dem Kauf der Grundstücke wäre die Stadt im Besitz der gesamten Baufläche des 2. und 3. Bauabschnitts mit 22.000 m². Das entspricht etwa 31 Baugrundstücken. Das Potential auf den Ostender Höhen würde damit auf 49 Baugrundstücke steigen. Für Erschließung einschließlich Grunderwerb und aller Nebenkosten veranschlagt das Baudezernat etwas über eine Million Euro, was einem Herstellungspreis für den Quadratmeter von 46,46 Euro entsprechen würde. Demgegenüber liege der Bodenrichtwert in dem Bereich bei 60 Euro pro Quadratmeter, was der Stadt bei 100prozentiger Vermarktung einen Gewinn von rund 300.000 Euro beschere würde. Informationen zu den Gründen, wieso die Eberswalde-Ostend GmbH bisher nur 18 ihrer 35 erschlossenen Grundstücke vermarkten konnte, gab es nicht.

Ein schöner Park für Tiere



FOTO: JURGEN GRANZOW

»Eberswalde hat keinen Tierpark.« Das meint zumindest der zuständige Dezernent Bellay Gatzlaff. Doch sollten wir dieser überraschenden Aussage mit Nachsicht begegnen, da Gatzlaff erst vor einigen Jahren nach Eberswalde kam, als der Tierpark und vormalige Wildpark längst die offizielle Bezeichnung »Zoo Eberswalde« erhalten hatte. Als gebürtiger Leipziger kennt er außerdem den Leipziger Zoo und ist von daher auf diese Bezeichnung fixiert. Dabei ist der »Zoo Eberswalde« mit seinen großzügig gestalteten Freiflächen eben weit mehr als ein purer Zoo mit eng aneinandergedrängten Tierkäfigen. Es ist ein schön gestalteter Park mit Tieren – eben ein Tierpark, wie es ihn sonst nur noch in Berlin gibt, wobei die entsprechende Freiflächengestaltung inzwischen zahlreiche Nachahmer gefunden hat.

Diesen schönen Tierpark läßt sich die Stadt Eberswalde seit Jahrzehnten einiges kosten. Seit Einführung des sogenannten doppischen Haushalts mit dem die im sonstigen Geschäftsleben übliche doppelte Buchführung in die öffentlichen Haushalte integriert werden soll, gibt es auch eine bilanzielle Bewertung. In der Eröffnungsbilanz des Jahres 2011 wurde das Anlagevermögen des Eberswalder Tierparks mit 2,634 Millionen Euro bewertet. Durch Investitionen, insbesondere für die neue Heizungsanlage und den WC-Neubau stieg die Anlagesumme bis Ende 2012 sogar auf 3,242 Millionen Euro. Die jährlichen Abschreibungen von knapp 230.000 Euro lassen seither die Buchwerte des Tierparks wieder absinken. Ende 2014 war der Tierpark noch 2,894 Millionen Euro wert.

Die nachfolgende Tabelle enthält die wichtigsten wirtschaftlichen Kennzahlen der vergangenen 20 Jahre. Die Zahlen für 2015 und 2016 beruhen auf dem Haushaltsplan 2015 und auf die im September vorab beschlossenen 2016er Planzahlen für den Tierpark. Der Vorgriff auf den Haushaltsplan 2016 war Voraussetzung, um die Förderung des Landkreises in Höhe von einer halben Million Euro auch im nächsten Jahr zu erhalten.

Die Umstellung auf den doppischen Haushalt beeinflusst auch die dargestellten Bewirtschaftungszahlen. So gehörte die seit 2009 gewährte Kreisförderung wegen ihrer Verwendung als Investitionszuschuß nicht zu den laufenden Kosten. Erst seit 2011 werden sie in der Tabelle unter dem Punkt sonstige Einnahmen widergespiegelt. Ebenso erhöhten sich mit dem doppischen Haushalt die sonstigen Kosten, weil nunmehr auch die Abschreibungen mitgezählt werden.

Auch wenn sich einiges dadurch erklären läßt, bleibt kritisch anzumerken, daß der städtische Zuschuß – trotz der Übernahme eines Teils der Kosten durch den Landkreis – nach den Plänen der Jahre 2015/16 fast wieder die Rekorde aus dem ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends erreicht. Die bereits damals wiederholt in der »Barnimer Bürgerpost« geäußerte Forderung nach einem transparenten und vor allem auf Dauer wirtschaftlichen Konzept für den Eberswalder Tierpark bleibt also nach wie vor aktuell. Zumal uns der charismatische Tierparkdirektor Dr. Hensch, der mit persönlichem Engagement und oft auch mit Bauernschläue so manches wettmachen konnte, nicht auf ewig erhalten bleibt.

GERD MARKMANN

Übersicht Bewirtschaftung Tierpark 1995 - 2016

Jahr	Besucher	Einnahmen			Personalstellen	Ausgaben				städt. Zuschuß		
		Eintritt	sonst. Einn.	gesamt		Pers.kost.	Futter	Heiz./Energ.	sonst. Kost.	gesamt	Plan	Ist
1995	207.046	308.518,22	149.705,56	458.223,78	27,76	712.457,33	58.194,58	70.608,89	236.273,10	1.077.533,90	604.960,55	619.310,12
1996	201.269	291.732,92	63.851,30	355.584,22	27,76	746.557,19	71.378,98	83.880,30	203.764,73	1.105.581,20	593.251,97	749.996,98
1997	207.755	302.238,95	95.793,21	398.032,16	27,88	773.109,57	61.318,19	83.690,14	207.072,81	1.125.190,71	699.089,39	727.158,55
1998	242.371	357.068,87	168.711,44	525.780,31	28,03	837.185,48	69.637,48	143.879,24	319.878,63	1.370.580,83	817.862,49	844.800,52
1999	274.431	660.557,41	148.064,85	808.622,26	28,38	872.717,40	71.511,39	123.430,87	306.246,01	1.373.905,67	619.634,63	565.283,41
2000	295.547	817.280,95	229.190,66	1.046.471,61	32,88	1.075.407,42	70.878,62	125.124,14	339.751,51	1.611.161,69	679.967,07	564.690,08
2001	217.368	581.958,40	200.764,38	782.722,78	34,12	1.123.317,88	81.067,36	141.458,28	335.207,82	1.681.051,34	633.950,80	898.328,56
2002	243.887	797.983,78	185.117,90	983.101,68	33,12	1.190.163,39	75.438,87	152.867,63	367.925,30	1.786.395,19	501.000,00	803.293,51
2003	264.132	799.567,70	236.251,79	1.035.819,49	33,12	1.225.316,16	70.058,97	156.391,48	376.972,24	1.828.738,85	561.800,00	792.919,36
2004	260.072	756.696,30	140.091,24	896.787,54	32,13	1.230.942,39	80.164,10	154.934,10	358.805,29	1.824.845,88	687.200,00	928.058,34
2005	268.404	868.057,50	163.180,36	1.031.237,86	30,53	1.159.931,58	76.383,25	159.059,00	314.671,37	1.710.045,20	662.400,00	678.807,34
2006	254.651	904.953,15	119.130,30	1.024.083,45	31,48	1.228.021,70	72.454,66	174.524,45	306.466,65	1.781.467,46	849.300,00	757.384,01
2007	258.498	942.508,25	136.383,51	1.078.891,76	24/13	1.227.211,62	84.587,41	173.144,06	358.351,26	1.867.303,61	871.100,00	788.411,85
2008	254.353	1.098.975,85	129.937,11	1.228.912,96	31,75	1.271.335,01	85.504,21	210.700,74	402.417,07	1.969.957,03	746.300,00	741.044,07
2009	250.237	1.094.079,20	139.375,30	1.233.444,50	30,25	1.343.658,11	87.403,32	234.637,05	543.234,23	2.208.932,71	692.000,00	690.000,00
2010	242.150	1.049.443,60	134.389,78	1.183.833,38	30,50	1.309.339,33	92.085,39	227.299,25	663.863,84	2.292.587,81	612.400,00	635.754,43
2011	269.868	1.212.502,60	845.729,01	2.058.231,61	31,50	1.404.807,82	93.752,27	201.568,56	900.318,28	2.600.446,93	468.144,00	542.215,32
2012	253.175	1.092.613,00	866.959,21	1.959.572,21	32,60	1.369.947,85	104.550,17	216.750,85	698.278,39	2.389.527,26	535.394,00	480.905,05
2013	249.723	1.026.435,31	861.304,45	1.887.739,76	32,45	1.450.979,93	113.703,29	140.572,87	726.746,86	2.432.002,95	559.272,00	544.263,20
2014	259.996	1.259.161,05	871.689,96	2.130.851,01	32,45	1.505.155,52	116.856,98	136.768,26	887.070,25	2.645.851,25	587.300,00	515.000,00
2015	--Plan--	-	-	1.900.140	-	1.571.175	-	-	1.088.216	2.659.391	769.261,00	-
2016	--Plan--	1.372.000	832.350	2.204.350	-	1.675.093	-	-	1.273.966	2.949.059	744.709,00	-

Seit 2000 gehören die Mitarbeiter der Märchenvilla zum Tierpark (1999: 5,2 Stellen mit Personalkosten in Höhe von 207.000 Euro). Der städtische Zuschuß betrug 1999 für die Märchenvilla 183.741,62 Euro. Seit 2009 wird ein Teil der Kosten durch Zuschüsse des Landkreises getragen: 2009: 400.000 Euro, 2010: 473.000 Euro, 2011: 468.144 Euro, seit 2011 wird der Kreiszuschuß (ab 2012: 500.000 Euro) unter »sonstige Einnahmen« verbucht. Seit 2011 gilt der sogenannte Haushalt, angelehnt an die doppelte Buchführung des Handelsgesetzbuchs. Auf der Kostenseite werden seitdem auch die Abschreibungen (ca. 230.000 Euro) unter den sonstigen Kosten mitberechnet.

Quelle: Stadtverwaltung

Nazis ohne Chance

Eberswalde/Bernau (bbp). In ganz Brandenburg hatten Neonazis am 3. Oktober anlässlich des 25. Jahrestages des Beitritts der DDR zur BRD zu Kundgebungen unter dem Motto »Tag der Deutschen Einheit – Wir sind das Volk!« aufgerufen. In Eberswalde war es die Partei »Die Rechte«, die ihre Anhänger ins Leibnizviertel gerufen hatte. Deren Landesvorsitzender in Brandenburg, der Finowfurter Klaus Mann, früherer DVU-Landesvorsitzender und Organisator von Neonazi-Konzerten auf seinem Grundstück in Finowfurt, hatte die Versammlung angemeldet.

Gut 20 Leute, etwa die Hälfte davon Männer mit kahlrasierten Schädeln, folgten dem Aufruf. Ihnen gegenüber standen mehr als 500 Eberswalderinnen und Eberswalder, die dem Aufruf »der demokratischen Kräfte von Eberswalde« gefolgt waren, »Gesicht zu zeigen« und »für ein menschliches Eberswalde einzustehen«. Unter ihnen war auch der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski.

Die demokratischen Kräfte von Eberswalde sind, hieß es in einer vorab verbreiteten Pressemitteilung der Eberswalder Stadtverwaltung, »alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, die Verwaltungsspitze, der Runde Tisch Willkommen in Eberswalde, die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde und ihre Organisationen AstA, die Flüchtlingsinitiative Sofa/Palanca, die Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit. Unterstützung erhalten sie von der Initiative Finowfurt nazifrei«.

Schon am Eberswalder Bahnhof wurde das Grüppchen Neonazis von den Gegendemonstranten in Empfang genommen und ins Leibnizviertel begleitet. Mit Musik, »Rasseln, Pfeifen, Töpfen und alles, was Krach macht« übertrönten sie alle Äußerungen der Neonazis. Die erfolgreiche Verhinderung des Neonaziaufmarsches wurde schließlich, berichtete ein Teilnehmer, spontan mit einem Demonstrationszug zum Eberswalder Bahnhof beendet.

In Bernau hatte zeitgleich die NPD zur »Mahnwache wider den Asylmißbrauch« auf dem Bahnhofsvorplatz aufgerufen. Hier folgten etwa 15 Personen dem Aufruf, unter ihnen die NPD-Stadtvordere Aileen Rokohl. Auch in Bernau gab es eine Gegenkundgebung in Sicht- und Hörweite, mit 150 Teilnehmern. Aufgerufen hatten die Ortsverbände der Parteien DIE LINKE und SPD sowie die Evangelische Jugend und das Bernauer Netzwerk für Weltoffenheit und Toleranz. In den Redebeiträgen wurden u.a. die Öffnung der Grenzen und die Einrichtung sicherer Wege für die Flucht nach Europa gefordert.

Neben NPD und Die Rechte beteiligte sich in Brandenburg eine dritte Rechtspartei namens »3. Weg« an der landesweiten Aktion. Die drei Parteien stimmten sich hierfür untereinander ab.

380-kV-Freileitung:

Gerichtstermin verschoben

Leipzig (hl/bbp). Die für den 16. September angesetzte mündliche Verhandlung über die Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss für die 380kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen (»Uckermarkleitung«) durch das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin vor dem Bundesverwaltungsgericht ist auf Antrag des Klägers verschoben worden. Hintergrund ist ein neues Fachgutachten, das die Betreiberfirma 50 Hertz am 8. September vorgelegt hat.

Mit dem Gutachten will 50 Hertz den Nachweis liefern, daß die Vogelverluste durch Leitungsanflug für die Entwicklung der Populationen auch der gefährdeten Arten nur von marginaler Bedeutung seien.

Die Aussagen des Gutachtens müssen nun von seiten der klagenden Bürgerinitiative gegen den Freileitungsausbau eingehend geprüft werden, was in der verbleibenden Zeit bis zur mündlichen Verhandlung nicht leistbar war. »Unser Anwalt«, sagt Hartmut Lindner von der

Bürgerinitiative, »hat das in seinem Antrag ausführlich begründet und das Verhalten der Gegenseite gerügt. In der im September 2014 eingereichten Klageschrift ist die Problematik der durch Leitungsanflug bedingten Gefährdung für bestimmte Vogelarten ausführlich dargelegt worden, so daß die Gegenseite wirklich Zeit genug hatte, ihre Fachgutachten rechtzeitig vorzulegen. Es zeugt von schlechtem Stil, so kurz vor dem mündlichen Verhandlungstermin angeblich neue Erkenntnisse vorzubringen.«

Das Bundesverwaltungsgericht hat dem Antrag auf Verschiebung der mündlichen Verhandlung entsprochen. Der am 23.9.2014 verhängte Baustopp, der bis zur mündlichen Verhandlung festgelegt wurde, greift nunmehr über den 16.9.2015 hinaus.

»Die Bürgerinitiative sieht dem Verfahren weiterhin mit Zuversicht entgegen«, so Lindner. Sie informiert über den neuen Termin, sobald dieser vom Gericht festgesetzt worden ist.

Studie zum Kreiswerk ist öffentlich

Eberswalde (bbp). Nach wiederholten Anfragen zur Öffentlichkeit der vom Landkreis über die kreiseigene Barnimer Energiegesellschaft (BEG) in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie erhielt Albrecht Triller vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde nun endlich eine im Auftrag des Landrats durch Frau Bludovsky (Protokollantin des Ausschusses für Landwirtschaft, Umweltschutz und Abfallwirtschaft) gefertigte Antwort. Darin heißt es, »daß die Erstellung der Machbarkeitsstudie zur Gründung eines kreislichen Energiewerkes fristgerecht zum 31. August 2015 abgeschlossen wurde. Die Studie steht auf der Internetseite der Barnimer Energiege-

sellschaft www.erneuerbar.barnim.de zum Download zur Verfügung. Folglich ist sie öffentlich.«

In der Studie selbst steht allerdings immer noch auf Seite 9, daß sie nicht öffentlich sei. Auch die Antwort des Landrats vom 31. Juli suggerierte dies, obwohl schon damals die Studie auf der BEG-Internetseite eingesehen werden konnte. Auf Trillers Frage, was zur Änderung der Betrachtungsweise hinsichtlich der Öffentlichkeit führte, gab die Protokollantin keine Auskunft. Auch zu den »Schlußfolgerungen für den Umgang mit dem Thema Öffentlichkeit in der Kreistagsarbeit insgesamt« erhielt sie keinen Auftrag zur Antwort.

»Das ist nicht nachvollziehbar«

Position zum Budget für das Stadtfest FinE 2016

Nach Kenntnisnahme der Ausführungen der für Kultur verantwortlichen Amtsleiter bzw. Dezernenten Dr. Stefan Neubacher und Bellay Gatzlaff zur Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration (AKSI) am 1. September 2015 hat die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde den Vorschlag, das Budget für das FinE 2016 um 15.000 Euro zu erhöhen, eingehend diskutiert.

Die Mitglieder der Fraktion sehen keinen ernsthaft begründeten Bedarf für eine Erhöhung des finanziellen Budgets für das Stadtfest FinE 2016 um 15.000 Euro gegenüber dem Budget für FinE 2015.

Einem nachlassenden Interesse der Besucher kann nicht damit entgegengewirkt werden, daß einfach noch mehr Mittel in ein schwächelndes Event gepumpt werden. Die vorgeschlagene Kostensteigerung von fast 25

% auf 80.000 Euro ist nicht nachvollziehbar. Wir sind der Auffassung, daß das bisherige Budget von 65.000 Euro ausreichen sollte, ein anspruchsvolles und generationsübergreifendes Stadtfest auf die Beine stellen zu können. Ob hierzu auch kostenintensive »Walking Acts« (was auch immer darunter zu verstehen ist) gehören müssen, wäre zu diskutieren. »Straßenkultur«, die für teures Geld eingekauft wird, kann gar keine echte Kultur der Straße sein, stellt vielmehr eine Entwertung wirklicher Straßenkultur dar.

Statt des Imports teurer »Walking Acts« sollten die in den verschiedensten Genres vorwiegend ehrenamtlich agierenden Akteure der regionalen Kunst- und Kulturszene verstärkt Chancen erhalten, sich auf dem Eberswalder Stadtfest zu präsentieren.

CARSTEN ZINN, Fraktionsvorsitzender

»Wir stehen zum Abwasser-Kompromiß«

Entgegen anders lautender Meldungen steht die Bernauer Linksfraktion nach wie vor zu dem Kompromiß, der mit einer breiten Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung Anfang 2015 beschlossen wurde. Der damalige Beschluß kam mühevoll zustande und verlangte allen Beteiligten ein gehöriges Maß an Kompromißbereitschaft ab. Der kürzlich in der Stadtverordnetenversammlung gefaßte Beschluß beinhaltet lediglich einen Prüfauftrag und stellt mitnichten eine Umstellung auf das Gebührenmodell dar. Es wurden weder eine Änderung der WAV-Finanzierung noch höhere Abwasserpreise beschlossen, wie von der CDU behauptet wird.

Bedauerlich ist, daß die Demos für eine komplette Gebührenumstellung weitergehen. Ich hatte vernommen, daß mit dem vom Bündnis für Bernau initiierten Antrag auch das

Ende der Demos eingeläutet werden sollte. Nicht richtig sind Behauptungen der grünen Fraktion, daß mehrere linke Stadtverordnete vor Beginn der Abstimmung die Sitzung verlassen haben. Lediglich ein Mitglied meiner Fraktion mußte um 20.30 Uhr aus privaten Gründen gehen und hatte dies auch vorher der Fraktion mitgeteilt. Darüber hinaus fehlten zwei Stadtverordnete entschuldigt. Die anderen acht Stadtverordneten nahmen an der Abstimmung teil. Dabei gaben sie sechs Ja-Stimmen und eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung ab.

Die Linksfraktion steht auch weiterhin als verlässliche Partnerin für gemeinsame Lösungen zum Wohle der Bernauerinnen und Bernauer allen Fraktionen zur Verfügung.

CHRISTIAN REHMER,
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Omnibus für direkte Demokratie



Das Banner ist dran, jetzt kann es losgehen – das Powersammeln für das Volksbegehren gegen Massentierhaltung in Brandenburg – auch im Barnim!

Nachdem der Bus bereits am 6. Oktober auf dem Bernauer Marktplatz stand, kommt er am 29. Oktober auch nach Eberswalde. Dort wird der Bus auf dem Marktplatz neben dem Löwenbrunnen Halt machen, mit vielen Informationen zum Volksbegehren gegen Massentierhaltung. Jedermann bekommt die Unterlagen auch direkt im Bürgeramt seines Wahlkreises vorgelegt.

THOMAS TOBLER

Infoseite: www.facebook.com/agrarwende
Initiative Omnibus: www.omnibus.org/stopp_massentierhaltung.html

Suche nach Flüchtlingsunterkunft

Biesenthal (tj/bbp). Die Unterbringung von Flüchtlingen gehörte am 1. Oktober zu den Themen der Stadtverordnetenversammlung in Biesenthal. Bürgermeister Carsten Bruch, zugleich Vorsitzender der Fraktion CDU/ProD, informierte darüber, daß Stadt und Landkreis über den Kauf des alten Flüchtlingsheims in der Erich-Mühsam-Straße verhandeln.

Der jetzige Eigentümer hat das Gelände in den letzten Jahren an Nazis vermietet. Vor ein paar Jahren plante die NPD dort ein Schulungszentrum, was aber verhindert werden konnte. Stadt und Landkreis seien sich darin einig, daß sie nur kaufen, wenn der jetzige Eigentümer dort seine gesamte Flächen und Gebäude verkauft. Damit soll verhindert werden, daß der Eigentümer direkt neben dem Flüchtlingsheim etwas an Nazis vermietet. Der Ei-

gentümer ist zwar grundsätzlich verkaufsbereit, will aber bisher nicht das gesamte Areal verkaufen. Wenn es dabei bleibt, werde es dort auch kein neues Flüchtlingsheim geben, so die Einschätzung des Bürgermeisters.

Für sozialen Wohnungsbau gibt es in Biesenthal noch keine Pläne. Gebaut werden soll erst, wenn es Fördergelder von Land oder Bund gibt. Eine Einwohnerversammlung will der Bürgermeister erst einberufen, wenn es tatsächlich etwas konkretes zu berichten gibt.

Von den Grünen kam der Vorschlag, Container auf städtischen Flächen aufzustellen, wenn Container wieder zu haben sind. Ein anwesender Bürger schlug vor, Flüchtlinge im Vorwerk in der Finower Straße unterzubringen. Dort gebe es auch Wohnungen. Dieses Gelände liegt allerdings abgelegen im Wald.

Familiengarten

Eberswalde (bbp). Die CDU-Fraktion in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung hat eine Beschlußvorlage zur Zukunft des Familiengartens vorerst zurückgezogen. Der Vorschlag, eine Arbeitsgruppe zu bilden, war zuvor im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt wegen diverser Unschärfen kritisiert worden. Auch das Ansinnen, der Verwaltungsdezernentin die Leitung einer Arbeitsgruppe der Stadtverordnetenversammlung anzutragen, stieß auf wenig Verständnis.

Das Thema ist damit jedoch nicht vom Tisch. Von der Fraktion *Alternatives Wählerbündnis Eberswalde* war schon Anfang des Jahres eine Behandlung im zuständigen Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen gefordert worden. Inzwischen hat der Ausschußvorsitzende DIETMAR ORTEL versprochen, sich für eine Behandlung des Themas in der Dezembersitzung des Ausschusses stark zu machen.

Hintergründe sind zum einen die chronische Unterfinanzierung des Familiengartens und zum anderen die 2017 auslaufende Fördermittelbindung.

Neben Vorschlägen, die den Familiengarten als Zentrum eines Industriemuseums für das Finowtal mit mehreren Standorten (Messingwerk, Papierfabrik, Waggonfahrstuhl) sehen, gibt es auch Ideen, das Gelände für den Bau von Einfamilienhäusern zu erschließen.

Steigende Rücklagen

Eberswalde (bbp). »Die Jahresabschlüsse 2013 und 2014 werden voraussichtlich zu einem positiven Rechnungsergebnis führen.« Mit dieser Aussage antwortete der städtische Kämmerer Sven Siebert auf die Forderung des Ausschußvorsitzenden für Wirtschaft und Finanzen Dietmar Ortel (CDU), alles zu tun, um das strukturelle Defizit, das im Haushaltsjahr 2015 laut Plan bei 2,2 Millionen Euro liegt, auszugleichen. Ortel befürchtet deshalb einen Verbrauch der städtischen Rücklagen bis zum Jahr 2017 und argumentiert gegen einen Doppelhaushalt 2016/17. Erst wenn mit dem Haushalt 2016 der »strukturelle Haushaltsausgleich ... und somit die dauernde Leistungsfähigkeit des Haushaltes« hergestellt werde, werde »eine stabile finanzielle Basis geschaffen, die dann für die Jahre 2017/2018 auch einen Doppelhaushalt ermöglicht«. Der Kämmerer sieht hingegen bereits jetzt die Voraussetzung gegeben, »aufgrund der vorhandenen Planansätze und der Sicherung aus der stabilen Rücklage einen Doppelhaushalt« zu beschließen. Die Rücklage aus Überschüssen und aus der Sonderrücklage lag im vorläufigen Ergebnis der Jahresrechnung 2013 bei ca. 27 Millionen Euro. Nach dem vorläufigen Rechnungsergebnis 2014 kommen nochmals rund 4,5 Millionen Euro als Überschuß hinzu. »Es wird demnach«, so Siebert, »hier wieder eine Zuführung in die Rücklage geben.«

Vernetzungstreffen

Eberswalde (bbp). Das nächste Vernetzungstreffen der Barnimer Willkommensinitiativen findet am 8. November in Eberswalde statt. Über den genauen Ort wird zeitnah in der Tagespresse und auf den Willkommens-Internetseiten und -foren informiert. Da mit einer großen Zahl an Teilnehmern gerechnet wird, ist der ursprünglich vorgesehene Raum beim Palanca-Verein zu klein. Als Inhalte sind bislang folgende Themen vorgeschlagen: Stand der Gesetzesverschärfung, Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten für Geflüchtete (rechtlicher Rahmen, praktische Erfahrungen), die politische Einflußnahme auf zukünftige Begleitung und Unterbringung von Geflüchteten, Kommunikationsmittel vorstellen und entwickeln (Ratgeber, Kontakte und Anlaufstellen, Termine, Blog).

Es gibt Hoffnung. Wir werden es schaffen. Es gibt viele sehr engagierte Menschen in Eberswalde und Deutschland. Und glaubt nicht den CSU-Spinnern. Die Menschen sind grad angekommen und brauchen Leitung, Vorbilder und offene Arme. Sie sind willig und eifrig. Von hier müssen wir sie auffangen und führen. Aus ihnen sollen keine Klaus und Müller werden. Sie werden sich schon anpassen und ihre Identität wahren. Ihre Kinder und Kindeskinde die bleiben oder gehen, werden eine neue Identität haben. Sie werden dieses Land, welches sie aufgenommen hat, während andere Menschen und Länder sie im Stich gelassen haben, dienen. Sie sind unglaublich dankbar und froh, bei uns zu sein. Sie wollen anpacken, ihre Dankbarkeit in Produktivität umsetzen und teilhaben.

MARWAN HASSAN

Das neue Übergangwohnheim im »Haus der Toleranz« hat zunächst eine Kapazität von 56 Plätzen. Je Person steht eine Wohnfläche von 6 m² in einem abschließbaren Wohn- und Schlafraum, mit einem Külschrank sowie einer Sanitärzelle mit Dusche/WC zur Verfügung. Es handelt sich in der Regel um 2-Bett-Zimmer. In der zweiten Phase erhalten Familien (20-24 Personen) abgeschlossene Wohnbereiche. Ab Mai 2016 kommen Räume für weitere 18 Flüchtlinge hinzu.

Neben den Wohnräumen stehen den Bewohnern des Übergangwohnheimes im »Haus der Toleranz« Gemeinschaftsküchen, Wasch- und Trockenräume für die Wäschepflege, Krankenzimmer sowie Gemeinschaftsräume zur Verfügung. Auch einen Beratungsraum für die soziale Betreuung gibt es. Für die Freizeitgestaltung können diverse Außenanlagen genutzt werden. Hinsichtlich der sozialen Betreuung werden Orientierungshilfen zur Einführung in das kulturelle, soziale und rechtsstaatliche System, die Lebensbedingungen und Lebensgewohnheiten in der BRD angeboten. Zudem gibt es Unterstützung bei der Organisa-

Willkommens-Initiative auch in Bernau

In Bernau-Waldfrieden werden noch in diesem Jahr zwei Flüchtlingsübergangs-Wohnheime eingerichtet werden, im ehemaligen Seniorenheim und der ehemaligen Waldarbeiterschule.

»Selbstverständlich sei die Situation alles andere als günstig, zwei Einrichtungen in einem solch kleinen Ortsteil unterzubringen«, warb Bürgermeister Stahl (DIE LINKE) um Verständnis. Aber eine Alternative angesichts der stetig steigenden Flüchtlingszahlen gebe es nicht. Die Stadt Bernau verfüge über keine freien Wohnungen. Sie stelle aber rund ein Viertel der Einwohner des Barnim. Gemessen daran müsse sie auch ein Viertel der ankommenden Flüchtlinge beherbergen. »Unser Anteil wird bisher von anderen Kommunen mitgetragen«, so der Bürgermeister. Es sei ein Gebot der Solidarität, auch in Bernau menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen.

Die Fluchtursachen, Krieg, Waffenexporte, Gewalt und Unterdrückung, müßten vor Ort von der Weltpolitik gelöst werden. Aber jetzt seien die Menschen hier und bräuchten ein Dach über dem Kopf. Dies sei ein Gebot der Menschlichkeit, fügte er hinzu.

Auch wenn das vielen einleuchtet, waren die Befürchtungen und Ängste unmittelbarer Anwohner in Waldfrieden nicht zu überhören und wurden teilweise lautstark vorgetragen. Umso positiver, daß sich nach der Veranstaltung ca. 35 Bernauerinnen und Bernauer im Treff 23 zusammenfanden, um zu beraten, wie man den zu erwartenden Flüchtlingen ehrenamtlich helfen und sie unterstützen kann.

Das Netzwerk für Weltoffenheit hatte eingeladen und viele kamen, um ihre Hilfe anzubieten. Lehrerinnen darunter, die sich bereit erklärten, Flüchtlingskindern die ersten Grundlagen der deutschen Sprache beizubringen, damit sie später die Schule besuchen können.

Eine junge Künstlerin will mit den Flüchtlingen modellieren und gestalten, um Kontakte zu knüpfen, wenn man die Sprache noch nicht versteht. Ein junger Engländer, der in Bernau lebt, bietet seine Dienste als Sprachmittler an. Ein pensionierter Informatiker, zugewandert aus Westdeutschland, will eine Datenbank fertigen, in der alle Angebote erfaßt und abgerufen werden können.

Eine geballte Ladung an Kompetenz und Lebenserfahrung hat sich da versammelt. Wir wollen uns organisieren, um zu helfen. Vertreterinnen der Stadt Bernau stellen in Aussicht, eine Koordinierungsstelle bei einem Trägerverein zu bezuschussen.

Am 1. Oktober erfolgte das zweite Treffen, an dem sich erste Arbeitsgruppen bildeten zu folgenden Themen: Deutsch vermitteln, Organisation und Koordination, Öffentlichkeitsarbeit, Spenden sammeln und organisieren, Begleitung von Flüchtlingen zu Behörden, Patenschaften, Vermittlung zu Vereinen z. B. im Sport, Kunst und Kultur.

Mir hat dieses Treffen Kraft und Mut gemacht, daß Bernau bürgerschaftliches Engagement zeigt. Ich möchte euch aufrufen: Macht mit bei der Willkommens-Initiative Bernau! Angst und Beklemmungen vor Fremden kann man am besten überwinden, wenn man gemeinsam mit der Gruppe Kontakte knüpft und auf die Flüchtlinge zugeht. Es sind Menschen wie du und ich. Sie brauchen unsere Hilfe und Solidarität.

MARGOT ZIEMANN

Das nächste Treffen der Willkommensinitiative Bernau findet am 28. Oktober im Treff 23 in der Bernauer Breitscheidstraße 41 statt.

Hotel wird »Haus der Toleranz«

Eberswalde (bbp). Das ehemalige Hotel »finesse« des Berufsbildungsvereins Eberswalde e.V. (bbv) in der Angermünder Straße hat seit September einen neuen Namen. Als »Haus der Toleranz« dient es künftig der Unterbringung und sozialen Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Der gemeinnützige Verein wurde 1990 als örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit gegründet.

Betracht, wie z.B. im Eberswalder Tierpark. Bestandteil der sozialen Beratung werden auch Wohnungsfragen sein, die Vermittlung von Kontakten zu Ärzten und die Unterstützung beim Spracherwerb.

In Zusammenarbeit mit den zuständigen Ämtern erfolgt eine Beratung bei der Kita-/Schulwahl und die Begleitung zur ersten Vorsprache in der Kita/Schule. Für die Zeit ihres Aufenthaltes im »Haus der Toleranz« soll den Bewohnerinnen und Bewohnern bei der sinnvollen Gestaltung ihres Alltags geholfen werden, z.B. durch deren Mithilfe bei kleinen Reparaturen in der Gemeinschaftsunterkunft und durch Akquise von Arbeitsgelegenheiten im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes. Dabei kommen gemeinwesenorientierte Projekte, aber auch Hilfs- und Unterstützungstätigkeiten in kommunalen Einrichtungen in

Betracht, wie z.B. im Eberswalder Tierpark. Bestandteil der sozialen Beratung werden auch Wohnungsfragen sein, die Vermittlung von Kontakten zu Ärzten und die Unterstützung beim Spracherwerb.

Der bbv wird sich um den Aufbau von Netzwerken mit den Trägern sozialer Dienste zur Unterstützung der Integration der Asylbewerber in Eberswalde bemühen und Integrationsangebote vermitteln (z.B. in den Bereichen Sport, Kultur, Kunst, Bildung, Gesundheit oder Soziales). Schließlich wird es auch konkrete Unterstützung bei der Integration in Praktikum, Ausbildung oder Arbeit geben.

Um das alles zu bewerkstelligen, sucht der bbv derzeit ehrenamtliche Unterstützer und strebt eine enge Zusammenarbeit mit Willkommensinitiativen an.

Ein Spaziergang und das Erntedank-Fest

Eberswalde (bbp). Am 4. Oktober war Erntedank-Fest vor der Maria-Magdalenen-Kirche. Der Runde Tisch – »Willkommen in Eberswalde« beteiligte sich daran und lud alle Interessierten zu einer Willkommenstafel ein. Der Runde Tisch »Willkommen in Eberswalde« kann sich über zahlreiche Helferinnen und Helfer freuen, denen das Schicksal der Menschen, die es auf ihrer Flucht vor Krieg und Gewalt nach Eberswalde verschlagen hat, nicht gleichgültig ist. Einer von ihnen ist MARWAN HASSAN, der deutsch-ägyptischer Herkunft ist und schon seit vielen Jahren in Eberswalde lebt.

Marwan Hassan spricht fließend arabisch und war schon am Vortag mit dabei, als achtzig Neuankömmlinge in der Notunterkunft in der ehemaligen Schule in der Eisenbahnstraße 100 ankamen. Drei Stunden saß er mit den Leuten zusammen, die zahlreiche Fragen hatten.

»Nicht nur persönliche, etwa wie man die Familie erreichen kann oder einen Arztbesuch usw.«, berichtet Marwan Hassan, »sondern am meisten fragten sie, was sie hier in Zukunft erwartet. Wie sie Deutsch lernen können, ob ihr Studium, Ausbildung oder ihre Erfahrung hier verwendet werden kann.« Viele der meist jungen Männer, die jetzt in dem Schulgebäude wohnen, waren in Syrien Studenten, die wegen des Krieges ihr Studium abbrechen mußten. Verständlicherweise fragten sie, ob und wie sie hier ihr Studium weiterführen können. Zuletzt hatte Marwan alle für den nächsten Tag eingeladen, nach einem Spaziergang durch Eberswalde zum Erntedank-Fest zu gehen.

45 Personen von 60 kamen mit. Darunter fünf Frauen (alle mit Kopftuch) und einige Kinder. Außer Marwan Hassan war Erik Pfaff vom Runde Tisch dabei. Auf dem Weg zum Finowkanal redete Marwan den Leuten »ins Gewissen«, wie er es ausdrückte:

»Ihr seid nun hier angekommen, wo die freundlichsten Bürger wohnen. Gestern noch hatten wir eine Demo mit Nazis. Da versammelten sich 20-mal so viele Bürger und schrien und jubelten so lange, bis sich die Nazis davon machten. Hier engagieren sich unglaublich viele Bürger. Alle haben aber auch Sorgen.« Die Nazis würden nur darauf warten, »daß ihr einen Fehler macht. Tut es nicht! Leider ist es vorgekommen, daß einzelne Flüchtlinge Probleme machten, sogar ein sexueller Übergriff.« Die Leute faßten sich an den Kopf.

Auch wenn es unter den Deutschen nicht wenige gibt, die Müll auf den Boden werfen, sagte Marwan den Flüchtlingen, sollten sie das nicht auch tun. Wenn eine alte Frau in den Bus einsteigt, dann sollten sie aufstehen und wenn jemand Hilfe braucht, als erste hereilen. Er sagte ihnen damit, was er seinen Kindern sage, »daß sie mehr leisten müssen, denn sie tragen die Verantwortung als Hassans ein Vorbild zu sein und Ängste abzubauen«. Alle nickten begeistert.

»Dann nahm ich Bezug auf das Grüßen von Frauen und erwähnte, daß selbst die ersten Gelehrten, etwa El-Shafii, seine religiösen Fatwas in Ägypten änderte, nachdem er vom Irak dorthin reiste. Und als man ihn fragte weshalb, sagte er prompt: Andere Länder andere Sitten.«

Marwan Hassan bat die Leute, »ihre Identität zu wahren, aber dort, wo es nicht schadet, ihre Sitten anzupassen«. Er erinnerte daran, daß in Deutschland die meisten Menschen keine Muslime seien »und doch gültiger und hilfsbereiter

als die meisten Muslime, die ich kenne. Wir sind erzogen worden, daß wir stets richtig glauben, daß aber die Realität ist, daß hier das Richtige getan wird und dort, wo wir meinten richtig zu sein, nur falsches geschieht.«

Auf der Promenade am Finowkanal übte die Gruppe dann einfache deutsche Worte, wie »Guten Tag«, »Wie heißen sie«, »Ich heiße xxx«, »Danke«, »Bitte sehr« und ein paar andere Dinge. »Wir haben viel gelacht, spätestens als ich erklärte, daß 'ich heiße' nicht als 'Ischscheiße' ausgesprochen werden darf.«

Beim weiteren Spaziergang traf die Gruppe an der Schleuse auf Angler. Die staunten nicht wenig, als alle 45 Gäste plötzlich »Guten Tag« riefen und winkten. Als die Gruppe dann aber laut »Petri heil« schrie, lachten auch sie.

Auf dem Weg zur Kirche erzählte Marwan Hassan, der selbst seit zehn Jahren bei den Westend-Gospel-Singers mitsingt, daß der Kirchenchor seit fünf Wochen fleißig ein Willkommenslied einübe, welches er übersetzt habe, so daß der Chor das Lied auch in Arabisch singt. Schnell übten die 45 den Text ein und sangen sich ein.

An der »Willkommenstafel« ließ es sich »unser sehr engagierter Bürgermeister nicht nehmen, die Menschen aus Syrien, Äthiopien, Afghanistan, Eritrea und natürlich die Eberswalder, willkommen zu heißen.« Mit dabei waren auch der Landrat Bodo Ihrke und natürlich als Gastgeber Pfarrer Hanns-Peter Giering. »Jeder sagte ein paar Worte, ich hab dann in Englisch und Arabisch übersetzt. Der Bürgermeister sagte gute Worte. Abgesehen von dem Willkommen und der Freude am Event sagte er, daß wir als Deutsche auch Ängste und Unwissen haben und daß sie als Syrer in der Fremde Gleiches haben. Daß wir gemeinsam aufeinander zugehen sollten und uns austauschen sollten. Daß wir ihr Wissen, ihre Erfahrung und Fertigkeiten schätzen und in unsere Gesellschaft und Arbeitswelt investieren wollen. Daß wir

gemeinsam unsere Zukunft schön gestalten können. Die Anwesenden waren sichtlich gerührt, begeistert und klatschen aus vollem Herzen.«

Um 15 Uhr begannen die Westend-Gospel-Singers mit ihrem Programm und das Willkommenslied erklang. »Als der arabische Teil kam, standen da meine Schäflein und sangen und klatschen mit ehrlichem offenen Herzen mit. Meine syrische Gruppe saß ganz vorne, mitunter mit muslimischen Bärtchen und Kopftuch. Kurz dachte ich mir, ob das wohl gut gehen wird. Aber alle lauschten gespannt auf die Worte des Pfarrers, der Fragen der syrischen Studenten zur Kapelle beantwortete. Ich übersetzte, und als die Szene mit dem Abendmahl kam, erinnerte ich daran, daß dies im Koran unter der Tafelsure auch erwähnt ist. Der Mann mit Bart und seine Frau mit Kopftuch hörten interessiert zu. Immerhin ist Syrien auch ein Christliches Land.

Ein Wort noch durfte ich sagen. Also sagte ich, daß die Deutschen nicht unser orientalisches Temperament haben. Daß wir seit 20 Jahren im Gospelchor versuchen, diese zum Aufstehen und zum Tanzen zu bewegen, daß sie aber nur sehr reserviert mitmachen. 'Zeigt ihnen also bitte, was Temperament ist'. Ich übersetzte das dann in Deutsch, damit der Rest der krachvollen Kirche weiß, was ich über sie sagte. Alle lachten und das Konzert ging los.

Noch nie! Noch nie war die Kirche so lustig drauf. Die Syrer haben richtig mitgemacht und siehe da der Rest auch. Am nettesten fand ich den Mann mit Bärtchen und seine Frau mit Kopftuch und den Sohn (8 Jahre). Die Frau konnte sich einfach nicht halten und sprang ständig auf und klatschte und schwang zur Musik. Der Mann hatte ein absolut ansteckendes Lachen und der Sohn sang stets die Refrains mit. Ein super Konzert, ich möchte diese Menschen nicht mehr missen.«

Quelle: Seinen Bericht veröffentlichte Marwan Hassan u.a. auf Facebook (dort gefunden unter: www.facebook.com/buergerstiftungbarnimuckermark).

Die »Bedrohung aus dem Osten«

Am 25. August früh im Deutschlandfunk kam die Nachricht: »Europa fühlt sich von Rußland bedroht«. Deshalb werde die USA Kampfbomber nach Osteuropa bringen. Bei dieser Meldung habe ich mich an das Irak-Problem erinnert. Das Ende ist allseits bekannt.

Die Vereinigten Staaten von Amerika, zumindest Georg W. Bush, fühlte sich von Saddam Hussein bedroht. Hatte Saddam Hussein geplant, den US-amerikanischen Präsidenten zu entmachten oder das amerikanische Volk zu vernichten? Dagegen konnte sich Saddam Hussein äußerst bedroht fühlen, als die US-Armee (nur auf Vermutung einer drohenden Gefahr hin) Militärmaterial in immer größeren Umfang in die Region um Irak brachte. Die wurden nicht etwa an der USA-Küste zum Schutz der Heimat stationiert – nein! Der Militäraufmarsch passierte im Nahen Osten, dort wo die Menschen ohnehin nicht zur Ruhe kommen! Ich fragte mich schon damals: »Wer bedroht da eigentlich wen?«

Das frage ich auch jetzt und hoffe immer noch, daß man Kriegstreiber zum Schutz der Menschheit hinter Gitter bringt.

Studium für Geflüchtete

Kooperation mit der Kiron University

Als erste in Brandenburg bietet die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) zusammen mit der von der UNHCR anerkannten Kiron University Flüchtlingen die Vorbereitung auf ein Studium in Eberswalde.

Mit Unterzeichnung des Memorandum of Understanding mit der Kiron University steht qualifizierten Flüchtlingen nun auch in Brandenburg ein neuer Weg offen, den ansonsten oft schwierigen Zugang zum deutschen Hochschulsystem beschreiten zu können. Die Fachhochschule in Eberswalde erkennt die im Studium an der Kiron University erworbenen Leistungen an und bietet Geflüchteten danach den Zugang zu einem wirtschaftswissenschaftlichen Abschluß an der HNE Eberswalde. Mit oft englischsprachigen MOOCs (Massive Open Online Courses), die von anerkannten Universitäten wie Harvard, Stanford, MIT oder Yale online zur Verfügung gestellt werden, haben Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Programms die Möglichkeit, Credits zu erwerben. Ab dem 5. Oktober 2015 beginnen die ersten Online-Kurse. Im Idealfall kann nach zwei Jahren das Studium an der HNE Eberswalde begonnen und nach einem Jahr dann abgeschlossen werden.

Das von der UNHCR identifizierte Problem – die Barrieren in Heimat- und Gastländern beim Zugang zu Bildung – wird so adressiert. »Unsere Hochschule hat die Kapazitäten und die Kompetenz, Flüchtlingen diese Bildungschance zu ermöglichen. Wir dürfen uns als staatliche Hochschulen, mit Unterstützung der jeweiligen Ministerien, nicht den Anforderungen der aktuellen Situation verweigern. In Zusammenarbeit mit der Kiron University können wir Menschen, die flüchten mußten, helfen, ihre Bildungschance wahrzunehmen. Ich freue mich, daß wir als kleine Hochschule in Eberswalde Engagement zeigen und gemeinsam die geflüchteten Menschen willkommen heißen und Ihnen eine Chance anbieten können.«, beschreibt Projektleiterin Prof. Dr. CLAUDIA BRÖZEL die Motivation der HNE Eberswalde.

Die Kiron University ist ein Social Startup (gGmbH) und verfolgt das Ziel, Geflüchteten, die oftmals ohne Papiere und Qualifikationsnachweise in ihren Gastländern eintreffen, einen Zugang zum Bildungssystem zu ermöglichen. Dazu werden keine Studiengebühren erhoben, die Studienplätze werden nach Leistung vergeben und Dokumente müssen erst zum Ende des Studiums vorgelegt werden. So entsteht für Flüchtlinge die Chance, ihre Potentiale zu nutzen während gleichzeitig die Integrationskosten sinken können.

Die HNE Eberswalde hat weiterhin beschlossen, daß zukünftig verschiedene Lehrveranstaltungen unkompliziert für Flüchtlinge, Asylbewerberinnen und -bewerber zur Gasthörer-schaft kostenfrei geöffnet werden.

STEFANIE SCHULZE,
Hochschulkommunikation

Die Willkommenskultur

oder wie man am Flüchtlingsboom gut verdient

Kriegsflüchtlinge sollten überall, also auf der ganzen Welt, freundlich aufgenommen werden und menschenwürdig leben können, bis der Krieg vorbei ist und sie wieder in ihre Heimat zurück können. Das ist ein Gebot der Menschlichkeit und hier darf es keine Abstriche geben. Es muß aber erlaubt sein, Fragen zu stellen und es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, diese Fragen auch befriedigend zu beantworten.

Die erste Frage ist: Wie lange wollt ihr als Flüchtlinge bleiben? Wer in Deutschland diese Frage stellt, wird sofort als fremdenfeindlich abgestempelt. Wer Pech hat, der wird sogar als Rechtsradikaler oder Nazi bezeichnet. Diese Frage gehört nicht zur Willkommenskultur!

Eine zweite Frage könnte lauten: Wo, in welchem Land wollt ihr für kurze oder auch längere Zeit bleiben? Es gibt doch nicht nur das kleine Europa! Platz ist auf der ganzen Welt. Besonders viel Platz ist in Afrika und in Amerika und in Rußland. Warum wollen die Flüchtlinge nur nach Europa und hier besonders nach Deutschland? Der Antwort näher kommen wir, wenn wir einmal untersuchen, wer an den Flüchtlingen, also an der Not und dem Elend anderer Menschen verdient.

Da werden uns zunächst immer die Schlepperorganisationen genannt und wir sind zu Recht empört über deren Menschenfeindlichkeit und Profitgier. Wer außerdem noch gute Geschäfte macht, weil es so viele Flüchtlinge gibt, das wird nicht so deutlich, am liebsten gar nicht gesagt. Hier ein paar Beispiele:

Alle Menschen, auch Flüchtlinge, brauchen ein Dach über dem Kopf, Verpflegung, Kleidung, einen Schlafplatz, Sanitäreinrichtungen und Wärme – mindestens. Wer das in diesen Zeiten bieten kann, dessen Geschäft boomt! Er nimmt, egal woher, so viel er bekommen kann. Konkret profitieren also Besitzer von (schlecht ausgelasteten) Hotels, leerstehenden Häusern und Wohnungen und auch von Unterbringungsmöglichkeiten geringerer Qualität bis hin zu nicht mehr benötigten Supermärkten, nicht genutzten Hallen und Veranstaltungseinrichtungen. Es ist ein durchaus lohnendes Geschäft, ein zum Abriß bestimmtes Gebäude nun dem Staat als Unterkunft anzubieten und dafür dann kräftig Miete zu kassieren. Für Flüchtlinge ist auch eine Schrottimmoblie allemal besser als ein Zelt.

Der Umsatz der Supermärkte und Einrichtungshäuser steigt. Es werden Betten und Decken und Wäsche und Kleidung gebraucht. Heizungsanlagen und Sanitärcontainer werden schon knapp, sogar Zelte und Feldbetten sind bereits Mangelware.

Der Überfluß an Lebensmitteln, der bisher nicht verkauft werden konnte und »entsorgt« werden mußte, wird nun gut bezahlt. Da sind Flüchtlinge als Konsumenten natürlich durchaus willkommen.

Flüchtlinge, die für immer bei uns bleiben wollen, und das scheint die Mehrzahl zu sein, sollen sich natürlich ihren Lebensunterhalt durch eigener Hände Arbeit selbst verdienen und viele wollen das wohl auch. Sie stehen

dann, wenn sie eine Arbeitserlaubnis haben, dem »Arbeitsmarkt« zusätzlich zur Verfügung und konkurrieren mit den Millionen Arbeitslosen im Land. Konkurrenz belebt das Geschäft, hier das Geschäft der Unternehmen!

Der Preis für die Arbeit – Mindestlohn hin oder her – wird bestimmt durch Angebot und Nachfrage. Wer billige Arbeitskräfte haben will, dem ist es natürlich sehr recht, daß das Angebot dank vieler Flüchtlinge nun ansteigen wird. Seit Monaten heißt es: Flüchtlinge, ihr seid willkommen, wir brauchen euch als Arbeitskräfte.

Ist das unter Willkommenskultur zu verstehen? Wohl eher nicht.

Wenn man also genauer hinsieht, dann gibt es mit Blick auf die Willkommenskultur zwei Lager. Diejenigen, die von Willkommenskultur reden und dabei ihr ganz persönliches Geschäft, ihren eigenen Profit meinen. Dazu gehören auch Politiker, die versuchen, sich mit kritischen Fragen zu profilieren und damit bei bestimmten Bevölkerungsgruppen Wählerpunkte sammeln wollen. Wir finden sie in fast allen Parteien, besonders aber in der CSU und in der AfD.

Die zweite Gruppe sind diejenigen, von denen erwartet, ja direkt verlangt wird, daß sie sich – ehrenamtlich versteht sich – in Willkommensaktivitäten üben, aus ihrem ganz privaten Geldbeutel spenden und als Steuerzahler alles bezahlen, auch den zusätzlichen Verwaltungsaufwand, ohne Murren natürlich! Von ihnen wird verlangt, daß sie mit den Flüchtlingen teilen: Die Arbeitsmöglichkeiten, die preiswerten Wohnungen, die Arzttermine und die Krankenhausbetten, die Leistungen der Kleiderkammern und der Tafeln und auch die Schul- und Kindergartenplätze.

Diese Aufteilung von Pflichten und Rechten, von Lasten und Profit scheint mir etwas ungerecht. Vor diesem Hintergrund muß man wohl verstehen, daß es nicht wenige – Tendenz steigend – gibt, die sich um ihr eigenes Wohlergehen Sorgen machen.

Diese Sorgen gilt es zu zerstreuen! Es reicht wohl nicht, daß der Eberswalder Bürgermeister erklärt, daß die Krippenplätze zunächst einheimischen Familien und danach erst Flüchtlingen zur Verfügung stehen.

Wenn es nicht gelingt, die durchaus berechtigten Bedenken besorgter und verunsicherter Bürger auszuräumen und ihnen vor allen Dingen Sicherheit zu garantieren, dann wird die Willkommenskultur in Deutschland wohl kaum das derzeit noch gute Niveau beibehalten können.

JOHANNES MADEJA

Herbstfest und Mulchvariationen (2):

Autodidakt und Wissenschaft

Im Haus der Naturpflege e.V. Bad Freienwalde wurde während des Herbstfestes am 5. September die **Rudolf-Behm-Hütte** eingeweiht. Dort können sich interessierte Besucher über das langjährige Schaffen von Kurt Kretschmann und Rudolf Behm zur Mulchwirtschaft im Garten informieren. Vor 25 Jahren – gleichermaßen ein Jubiläum – begann die enge Freundschaft zwischen Familie Kretschmann in Bad Freienwalde und Familie Behm in Eberswalde. Anlaß dazu gab die von Kurt Kretschmann 1989 herausgegebene Schrift »Der Regenwurm – Baumeister fruchtbarer Böden«. In der Septemberausgabe der Barnimer Bürgerpost haben wir darüber berichtet. Hier nun Teil 2 der Erinnerungen von Rudolf Behm.

Im Frühjahr 1991 besichtigten meine Frau Edith und ich erstmals den Total-Mulch-Garten in Bad Freienwalde. Noch heute kann ich mich an diesen Tag gut erinnern. Uns begeisterten sofort die im Mulchsystem harmonisch eingebetteten gesunden und prächtig gedeihenden Kulturen. Auf den mit Grasschnitt bedeckten Wegen ging man wie auf einem weichen Teppich. Gemüse, Obst, Zierpflanzen, Stauden und Hecken beeindruckten durch üppigen und farbenfrohen Wuchs.

Kurt Kretschmann erläuterte, wie 1990 mit den sprunghaft angestiegenen Wasserpreisen die Idee des totalen Mulchens zustandekam und welche Ziele er damit verfolgt. Er erklärte, wie grundlegend sich diese Wirtschaftsweise von der üblichen Gartenpraxis unterscheidet und wie notwendig es sei, die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten.

An diesem Tag erfolgte sogleich die erste Bewertung des Mulchgartenbodens. Er war von einer lockeren Krümelstruktur, zeigte eine gute Humusversorgung und hatte den typischen Erdgeruch eines lebendigen gesunden Bodens. Da waren unendlich viele Lebewesen tätig, welche die organischen Mulchmaterialien durch ihren Stoffwechsel verarbeiten und das günstige Bodengefüge aufrecht erhalten. Eine durchweg positive Beurteilung, über die sich Kurt besonders freute. Diese anschaulichen Beobachtungen müßten nun aber durch wissenschaftliche Analysen bewertet und beschrieben werden, so meine Meinung hierzu. Es überraschte mich, daß Kretschmann als bekannter Autodidakt mit spürbarer Begeisterung diesen Vorschlag sogleich akzeptierte.

Dabei kam uns zugute, daß ich zuvor jahrzehntelang an Eberswalder Forschungseinrichtungen auf den Gebieten Bodenkunde, Pflanzenernährung und der dazu gehörenden Laboranalytik tätig war, neue Untersuchungsverfahren entwickelte und publizierte. Folglich war rasch ein Standardprogramm zur Untersu-



Erna Kretschmann, Edith Behm und Kurt Kretschmann bei der Bildauswahl für das Buch »Mulch total«.

chung der Mulchgartenböden zusammengestellt. Dazu gehörte z.B. die Ermittlung der Parameter Bodenreaktion, Humusanteil, Gehalte der Hauptnährstoffe Stickstoff, Phosphor, Kalium, Calcium und Magnesium. Hinzu kamen noch physikalische und biologische Bodenuntersuchungen.

Während die Programmgestaltung problemlos erledigt war, ergaben sich in dieser Zeit der Abwicklungen und Umstrukturierungen nun Schwierigkeiten, ein Labor zu finden, welches die Analysen übernehmen konnte. Mit den 1991 entnommenen Bodenproben aus Kretschmanns Mulchgarten gelangte ich zunächst nach Berlin in die Normannenstraße. Dort hatte sich eine Laborgruppe etabliert, welche die ersten Analysen durchführte. Die zweite, 1993 entnommene Probenserie wurde dann im Umweltlabor meines Kollegen Dr. Marmodée in Wolmirstedt untersucht. 1995 ergab sich endlich die Chance, unsere Proben in Eberswalde untersuchen zu lassen. Mit dem Forschungslabor der Landesforstanstalt und dem Landschaftsökologischen Labor der Fachhochschule entstanden sehr gute Kontakte, die einen rationellen Ablauf der Probenbearbeitung ermöglichten. Außerdem konnte das bisherige Spektrum der Analyseparameter erheblich erweitert werden. Nun wurde auch (Mulch)-Pflanzenmaterial untersucht.

Mehrere hundert hochinteressante, neuartige und repräsentative Daten liegen inzwischen vor. Im Buch »Mulch total – Der Garten der Zukunft« von Kurt Kretschmann und Rudolf Behm (bisher 4 Auflagen) ist ein Teil der Daten publiziert worden. Viele Werte liegen aber noch unveröffentlicht beim Autor dieses Beitrages und warten auf weitere Bearbeitung.

RUDOLF BEHM

Landraub

Kino-Preview und Podiumsdiskussion

Das Thema Landgrabbing ist gerade in Brandenburg hochaktuell. Bevor der Dokumentarfilm »Landraub« am 8. Oktober in die deutschen Kinos kam, gab es im Eberswalder Movie Magic bereits am 6. Oktober eine exklusive Film-Preview mit anschließender Diskussion.

Der Film »Landraub« des Dokumentarfilmers KURT LANGBEIN beschreibt die Zusammenhänge und die Folgen der zunehmenden Vergabe von Ackerflächen an global agierende Großinvestoren. Er zeigt, wie dadurch klein- und mittelständischen Bauern in vielen Regionen der Welt die Lebensgrundlage entzogen wird. Der Film zum Landgrabbing wirft Fragen zu wirtschaftlich-ökologischen und gesellschaftlich-sozialen Zusammenhängen globalen Ausmaßes mit lokaler Wirksamkeit auf.

In der Podiumsdiskussion kam der HNEE-Absolvent JOHANNES ERZ zu Wort, der zusammen mit seiner Frau als landwirtschaftlicher Gründer erfahren hat, wie schwer es ist, Zugang zu bewirtschaftbarem Land zu erhalten. Willi Lehnert als Vertreter des Bündnisses Junge Landwirtschaft (BJL) und Gründer der Ökonauten zeigte neben den spezifischen Problemen beim Zugang zu Land in Brandenburg auch Ansätze auf, die einen konstruktiven Umgang mit der Situation ermöglichen.

STEFANIE SCHULZE

Akzeptierte Nutztierhaltung

Am 13. Oktober ist Prof. ALFONS BALMANN zu Gast bei der Eberswalder Nachhaltigkeitsgesellschaft. Als Mitautor stellt er um 19 Uhr in der Alten Forstakademie die Studie des *Wissenschaftlichen Beitrags für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz* zum Thema »Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung« vor und diskutiert dazu mit dem Eberswalder Professor PIERRE IBISCH. Das kürzlich erschienene Gutachten hält die aktuelle Praxis der Nutztierhaltung für nicht zukunftsfähig. Auf Basis umfangreicher Analysen entwickelten die Autoren Leitlinien und Empfehlungen für eine gesellschaftlich akzeptierte Nutztierhaltung. Eröffnet wird die Veranstaltung durch die Eberswalder Verwaltungsdezernentin und Agraringenieurin PETRA STIBANE. Der Eintritt ist frei.

TINA BÄR, Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Aktivenkonferenz abgesagt

Joachimsthal (bbp). Die für den 17. und 18. Oktober 2015 einberufene Aktivenkonferenz der Partei DIE LINKE im EJB Werbellinsee wird abgesagt. Leider haben sich bis zum (schon verlängerten) Anmeldeschluß zu wenige interessierte GenossInnen angemeldet, verlautete aus dem Landesvorstand. »Die zu besprechenden Themen werden wir in Einzelworkshops bearbeiten, die Terminplanung dazu wird rechtzeitig bekannt gegeben.«



Rudolf Behm bei der Entnahme von Bodenproben mit dem Rillenbohrstock im Bad Freienwalder Total-Mulch-Garten.

Foto: EDITH BEHM

Unter dieser Überschrift sollten die Brandenburger feiern. Wen sollten sie feiern? Natürlich die Landesregierung und damit die Parteien, die für den derzeitigen Zustand des Landes verantwortlich sind! Deshalb waren die Bürger des Landes für den 26. September nach Potsdam eingeladen. Viele tausend waren erwartet worden und sind mit 65.000 auch gekommen. Gekostet hat das Event 200.000 Euro. Vielleicht waren es ja auch ein paar tausend Besucher weniger und ein paar tausend Euro mehr, denn spätestens seit der Brandenburger Polizeipräsident seine Statistik gefälscht hat, wissen wir mit solchen Zahlen kritisch umzugehen. Wer war nun in Potsdam dabei?

Mir fallen da zunächst die Mitarbeiter der Kreisverwaltungen ein, die rein dienstlich ihre Landkreise zu präsentieren hatten. Sie konnten nicht feiern, obwohl sie es vielleicht gern getan hätten. Sie haben einen sicheren Arbeitsplatz, kurze Wege zur Arbeit, ein übersichtliches Aufgabengebiet und werden auskömmlich, manche sogar gut bezahlt.

Gefeiert haben sicher die Potsdamer, die sich das neue Schloß auch mal von innen angucken wollten und die extra angereisten Beamten, die auch ihren sicheren »Job« haben mit überdurchschnittlich hoher Pensionserwartung. Schließlich gehören zu diesem Kreis auch die meisten Juristen, denen es, ob Richter oder Anwalt, kaum besser gehen könnte. Es gibt noch weitere Berufe, die, von den niedrigen Lohngruppen abgesehen, mit ihren Tätigkeiten und der Entlohnung wohl überwiegend zufrieden sein können – dank ihrer eigenen fleißigen Arbeit. Ich denke da z.B. an Ärzte und Pfleger, Lehrer und Erzieher, Polizisten und Feuerwehrleute – egal ob männlich oder weiblich. Ihnen sei die Feier mit dem Brandenburger (lies Brandenbörger!), persönlich aus der Hand des Ministerpräsidenten, herzlich gegönnt.

Gedanken zu einem Bürgerfest in Potsdam (Teil 1)

25 Jahre Land Brandenburg

von Johannes Madeja

Was gab es eigentlich ganz konkret zu feiern? Überall war zu hören und zu lesen: »Wir haben Großes geleistet«. Konkretes hörte man nicht. Daher fällt jedem vielleicht etwas anderes ein, manchen auch gar nichts. Es gibt nämlich viele, denen so gar nicht nach feiern zumute ist.

Zuerst denke ich an die Menschen, die ihren Arbeitsplatz z.B. im Walzwerk, im Kranbau, in der Chemischen Fabrik und im Leuchtenbau, aber auch in der Schweinemast (SZMK) und im Fleischwerk in Britz (SVKE) verloren haben und nun zur Arbeit täglich weite Wege fahren müssen. Ich denke an diejenigen, die keine Chance mehr auf einen Arbeitsplatz haben und nun – dank Hartz-IV – in Armut leben. Ich denke an die vielen Bezieher kleiner Renten unterhalb der Armutsgrenze und an diejenigen, die mit Mindestlohn in Teilzeitjobs ihren Lebensunterhalt bestreiten und nur mit »Aufstockung« über die Runden kommen. Ihre Lebenssituation wird ihrer Arbeitsleistung nur selten gerecht. Ihr Leben ist ein unwürdiges Dasein. Hier ist die Würde des Menschen, die doch unantastbar sein soll, massiv verletzt. Ein solches Leben ist das Ergebnis von 25 Jahren »Einheit« und 25 Jahren Land Brandenburg und man muß wohl Verständnis dafür haben, daß das wahrlich kein Grund zum feiern ist.

25 Jahre Brandenburg, das sind 25 Jahre Deindustrialisierung. Das sind 25 Jahre Zerschlagung funktionierender Strukturen z.B. im Bildungswesen, im Gesundheitswesen, im Naturschutz und in der Wasserwirtschaft.

25 Jahre Brandenburg, das ist extreme Unterversorgung mit Dienstleistungen und Waren

des täglichen Bedarfs auf dem Land, aber auch Kultur findet dort nicht mehr statt, außer gelegentlich ein Fußballspiel des Dorfvereins – soweit es den noch gibt, denn die jugendlichen Spieler haben ihr Dorf längst verlassen!

Statt dessen beweisen uns täglich Heerscharen von Versicherungsgesellschaften und Banken, ungesund aufgeblähte Verwaltungen und oft mehr als drei Briefträger an einem Tag die Ineffektivität dieses Gemeinwesens. Am Rande von Ballungsgebieten drängeln sich die Supermärkte und täuschen Wettbewerb zugunsten der Kunden vor. Wenn es jedoch darum geht, Preise zu erhöhen, sind sich alle einig! Trotzdem verschwinden auch große Handelsketten nicht selten ganz plötzlich und mit ihnen die Waren im niederen, günstigen Preissegment. Wir spüren das im Geldbeutel. Die Jagd nach Geld, nach Profit hat oberste Priorität. Auf echte Leistung kommt es nicht an.

Obwohl die Verwaltungen ja von den Bürgern bezahlt werden, kassieren sie für jeden noch so kleinen Verwaltungsakt extra – eine Gebührenordnung macht's möglich. Da wird dann das Geld für die Feier knapp.

Wer etwas Geld, auch als Notgroschen gedacht, zurücklegen konnte, etwa weil sein Häuschen nun bezahlt ist, dem werden die Ersparnisse mit Ausbaubeiträgen, gegen die er sich kaum wehren kann, aus der Tasche gezogen. Hier haben sich Beiträge für Straßenausbau und Wasser-/Abwasseranschluß, sogar für sog. Altanschießer »bewährt«. Hohe vier- und gar fünfstellige Beträge sind die Regel!

Und das sollen wir feiern?

Hier ohne Bild(er): 25 Zahlen zur deutschen Geschichte

Die DDR hatte 1988 eine Einwohnerzahl von **16,675 Millionen**. Davon waren 8,594 Mio berufstätig und 385 Tsd. waren Lehrlinge. Rechnet man **3,83 Mio Kinder** unter 18 J. und **2,2 Mio Rentner** weg, ergibt das eine Quote der **Erwerbstätigkeit von 80,7 Prozent**. Die heutige Erwerbsquote (2014) der Bundesrepublik beträgt **55,8 Prozent**. Wobei hier auch alle mitgezählt werden, die als »Arbeitssuchende« Leistungen der Anstalt beziehen.

Der **Staatshaushalt der DDR** umfaßte 1988 **269,7 Mrd. Ostmark**. Zum Vergleich die BRD im selben Jahr: 245 Mrd. D-Mark. Heute beträgt die bundesdeutsche Haushaltssumme **307 Mrd. EUR** (2013).

Im Jahre 1968 begannen Dieselloks im Schienenverkehr der DDR Einzug zu halten. Der Anteil der **Dampflokzüge** am Eisenbahnverkehr betrug noch **74 Prozent**. 1988 waren es nur noch 0,2 Prozent Dampflok und schon **47,8 Prozent fuhr elektrifiziert**. Im Jahr 1988 gab es 2,29 Milliarden Telefongespräche in der

DDR. Das ergibt **11,5 Telefonate** im Monat pro Einwohner. Heutzutage sendet und empfängt ein Jugendlicher auf seinem Smartphone pro Monat **DREITAUSEND Nachrichten**.

Die **Einnahmen für Rundfunk und Fernsehen** der DDR (aus Gebühren und Erlösen) betragen im Jahr 1988 **600 Mio. Ostmark**. Dazu kam noch ein staatlicher Zuschuß von 318 Mio. Mark der DDR. Die Rundfunkgebühren des vereinigten Deutschlands betragen heute **8,324 Milliarden EUR** (2014).

Im vorletzten Jahr der DDR wurden **88,7 Tausend Kredite** an junge Eheleute mit durchschnittlich **8876 Mark** ausgegeben. Das betraf 65 Prozent aller Eheschließungen im Jahre 1988. Das **Realbruttoeinkommen** je Haushalt und Monat betrug 1988 auf dem Gebiet der DDR im Schnitt **3298 Mark**. Davon mußte man 58 Mark an **Miete** für die Wohnung ausgeben. Das waren **2,3 Prozent** des Einkommens. Heute, im Jahre 2015, kann sich jeder glücklich schätzen, der nur **30 Prozent für Miete** be-

zahlen muß. Wohnen im Kapitalismus bedeutet Luxus. Entsprechende Bedeutung hat der Immobiliensektor der Volkswirtschaft.

1988 betrug die Summe der Sendestunden des Fernsehens der DDR **9194 Stunden pro Jahr**. Das entsprach 25,2 Std. am Tag. Heute sendet ein normaler Kabelanbieter mit 123 Programmen **2952 Stunden Fernsehen pro Tag** durch seine Leitungen. Wer soll das alles anschauen? Von der Qualität ganz zu schweigen.

Und zum guten Schluß noch diese Zahlen: 1987 kamen in der DDR auf **224.000 Neugeborene** ein Anteil von **147.000 65-jährigen**. Das entsprach einem Verhältnis noch **6 zu 4**. Im Deutschland des Jahres 2013 kommen auf vier 65-jährige nur noch noch drei Neugeborene. Das bedeutet eine **Halbierung der Fruchtbarkeit** der Bevölkerung in nur einer Generation.

Ist der Kapitalismus, besonders der neoliberalen, also doch ein sterbender und faulender Kapitalismus?

JÜRGEN GRAMZOW

»Namensaufsteller in Sitzungen«

Der von den Fraktionen Freie Wähler/BKB, WIR-Bündnis 90/Grüne und DIE LINKE der Gemeindevertretung Schorfheide gemeinsam eingebrachte Antrag »Namensaufsteller in Sitzungen« fand in allen Fachausschüssen einheitliche Zustimmung und wurde mit einstimmigem Votum in der Gemeindevertreterversammlung am 16.09.15 mit folgendem Inhalt beschlossen:

»Die Verwaltung der Gemeinde Schorfheide wird beauftragt, ab dem 01.10.2015 für alle regelmäßigen Teilnehmer der Gemeindevertretungs- und Ausschusssitzungen (Gemeindevertreter sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung) beidseitig lesbare Namensaufsteller bereitzustellen. Die Namensaufsteller werden bei allen öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung und seiner Ausschüsse sowie für außerordentliche öffentliche Sitzungen verwendet. Die Namensaufsteller

beinhalten den Namen mit ggf. Titel, die zugehörige Partei / Fraktion, die Funktion bzw. das Amt / Referat des jeweiligen Sitzungsteilnehmers. Die Namensaufsteller bieten eine hilfreiche Informationsgrundlage sowohl für die Sitzungsteilnehmer und insbesondere für die Besucher. Eine Zuordnung der Teilnehmer schafft Transparenz und erleichtert dem Bürger, dem Sitzungsverlauf und –inhalt zu folgen. In anderen Kommunen wird die Verwendung von Namensaufstellern bereits erfolgreich praktiziert.«

Der gute Vorschlag für die Einrichtung von Namensaufstellern kam von einer Bürgerin aus Finowfurt (Walzwerkstraße).

Mit diesem Beschluß wurde ein weiterer, wenn auch kleiner Beitrag für mehr Bürgernähe und Transparenz geleistet.

Dr. ANDREAS STEINER,

Die Ursachen nicht ausblenden

Ich halte die Entscheidung der Bundesregierung für mutig und vernünftig, den unter menschenunwürdigen Bedingungen in Ungarn befindlichen Flüchtlingen die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen.

Die künftige Aufnahme sollte allerdings nicht unbegrenzt und ungeordnet erfolgen, über Verbleib und Ablehnung des Asyls sollte schneller entschieden werden und vor allem die Lasten gerecht und solidarisch unter den EU-Staaten verteilt werden. Ich begrüße die Einigung von Bund und Ländern bei der inländischen Finanzierung der Flüchtlinge. Es bleibt zu hoffen, daß die vom Bund bereitgestellten finanziellen Mittel den Kommunen uneingeschränkt für eine effektive Nutzung zur Verfügung stehen um zu verhindern, daß Kürzungen der kommunalen Aufwendungen für die Bürgerinnen und Bürger eintreten.

Wenn USA-Präsident Obama die Bundeskanzlerin Merkel für ihren Einsatz für die Kriegsflüchtlinge lobt, ist das mehr als zynisch. Bekanntlich war und ist die USA-Administration für die Kriege – angefangen beim sinnlosen Angriff auf den Irak – und deren Folgen Elend und Massenflucht mitverantwortlich. Er sollte sich anstelle allgemeiner Sprüche lieber an einer umfassenden humanitären Hilfe als Verursacher beteiligen! Der vom UN-Generalsekretär einberufene Flüchtlingsgipfel wäre dazu eine gute Gelegenheit.

Bei der Flüchtlingsdiskussion wird nach meiner Auffassung ein für Deutschland bedeutender positiver Aspekt unterbewertet. In der BRD sterben jährlich mehrere Hunderttausend Menschen mehr als geboren werden. Das menschliche Potential ist jedoch für die Wirtschaftskraft und auch den Lebensstandard in einem Staat von entscheidender Bedeutung. Die Integration von in der Regel jungen und anerkannten Flüchtlingen aus Kriegsgebieten könnte diesen negativen Trend aufhalten und in der Perspektive sogar umkehren. Grundvoraussetzung dafür ist, daß die Erlangung der

deutschen Sprache umfassend organisiert und finanziert wird. Darauf aufbauend könnten ausgebildete Fachkräfte schnell eingegliedert, junge Flüchtlinge eine Berufsausbildung erhalten und die Kinder in Schulen für die Fach- und Hochschulbildung vorbereitet werden. Dafür müßten vom Bund die Kommunen direkt mit finanziellen Mitteln ausgestattet und zentral ein Einwanderungsgesetz beschlossen werden.

Von Gegnern der Aufnahme von Flüchtlingen wird gern das Argument der Überfremdung angeführt, um vorhandene Ängste in der Bevölkerung zu fördern. Selbst wenn in der BRD 800.000 Flüchtlinge aufgenommen und etwa die Hälfte anerkannt würden, wäre das auf 100 Einwohner in der BRD ein Flüchtling. Bei allen Problemen auf diesem Gebiet sollte hier mehr Sachlichkeit Einzug halten.

Und wenn USA-Präsident Obama den syrischen Präsident Assad als Tyrannen bezeichnet, mit dem man nicht sprechen kann, so ignoriert er einseitig folgende Tatsachen der Vergangenheit: Auch wenn Assad und vor ihm Hussein im Irak und Ghaddafi in Libyen nach hiesigem Verständnis zurecht als Diktatoren bezeichnet werden, bleibt es aber auch wahr, daß die Völker in diesen Ländern trotzdem wesentlich besser und ruhiger als in der Gegenwart gelebt haben. Dabei ist auch unbestritten, daß die USA-Administration mit ihrer kriegerischen Außenpolitik einen wesentlichen Anteil an Chaos, Hunger und Millionen von Flüchtlingen hatte und noch hat.

Im übrigen möchte ich Obama an die geschichtliche Tatsache erinnern, daß USA-Präsident Roosevelt und der britische Ministerpräsident Churchill mit Stalin nicht nur eng zusammengearbeitet haben sondern mit ihren Völkern gemeinsam Hitler und den Faschismus in Deutschland als das größte Übel besiegt haben. Sollte so etwas nicht auch im Kampf gegen den IS-Terror möglich sein?

Dr. HELMUT KOCH

Stellplatzsatzung abgeschafft

Eberswalde (bbp). In namentlicher Abstimmung stimmten die Eberswalder Stadtverordneten auf ihrer Sitzung am 24. September mehrheitlich für die vom Stadtentwicklungsamt erarbeitete Satzung zur Aufhebung der Stellplatzsatzung. Für die Aufhebung stimmten 16 Stadtverordnete der Fraktionen SPD, CDU, FDP und Bürgerfraktion Eberswalde. Für die Beibehaltung der Satzung votierten 11 Stadtverordnete der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und Alternatives Wählerbündnis Eberswalde. Jürgen Wölff (DIE LINKE) und Reinhard Fischer (CDU) enthielten sich der Stimme.

Unter'm Mühlendach

Lange schon war die Lesung von Stefanie Turzer aus ihrem Buch »Die Malerin vom Jacobsweg« geplant und angekündigt. Sie, die Mitglied der Gruppe Montagsmaler in der Mühle ist und seit ihrer Rückkehr von Usedom nach Eberswalde auch immer donnerstags fleißig mit an den neuen Treppenhäusern in der Mühle baut, sollte am 26. September die Premiere der Nutzung des Dachgeschosses durch die Öffentlichkeit gestalten.



Foto: VERONIKA BRODMANN

Aber nicht nur am neuen BER sondern auch in der Zainhammermühle verschiebt sich die Bauabnahme wegen der Brandschutzaufgaben – bei uns jedoch nur um einen Monat! So halfen zwei Kameraden von der Freiwilligen Feuerwehr Eberswalde aus und hielten sogenannte Brandwache auf der Baustelle.

Die 65 Zuhörer genossen den Vortrag von der Malerin, die auf dem Jacobsweg gewandert war und dabei ihre Eindrücke in Aquarellen festhielt. Der Einblick, den Stefanie Turzer in ihr danach entstandenes Buch gab, und die ausgestellten Bilder vom Jacobsweg ließen alle Zuhörer neugierig werden auf den ganzen Bericht. Und so nahmen wohl alle, die kamen, ein Exemplar des Buches mit nach Hause. Sollte Stefanie Turzer anderenorts nochmal eine Lesung ankündigen – es lohnt sich!

Der verkündigte Sommer in der Mühle 2015 ging am 10. Oktober mit Rhythmen der Band »Mr. Scrooge«, zu denen auch getanzt werden konnte, zu Ende. Am 2. Advent wird dann der diesjährige WeihnachtsKUNSTmarkt wieder in der Zainhammermühle stattfinden.

VERONIKA BRODMANN

1854: England und Frankreich führten aus eigenem Entschluß den Krieg gegen Rußland auf der Krim. Die russische Armee wurde auf dem Festland nach Norden zurückgeworfen, und sah sich in der Flanke und auf eigenem Territorium, vor Sewastopol gestellt. Die Erwartungen der konservativen Kreuzzeitungspartei¹ in Preußen wurden enttäuscht. Es kam in dem Unheilsjahr 1854 weder zu einem preußisch-russischen Bündnis noch zu einem allgemeinen europäischen Krieg. In Wien hatte die Kriegspartei gesiegt – in Preußen jene der Tauben...

Verschiedene Blickrichtungen, die eine nach Westen – die andere nach Osten, bestimmten in Berlin das politische Denken der Zeit. Die preußischen Konservativen verstanden das englische Bündnis in Kontinuität lediglich als Gegengewicht zu Frankreich. Keinesfalls aber als Alternative für das russische. Letztlich aus moralischem Getändel heraus versagte sich die Kreuzzeitung bereits zu diesem Zeitpunkt einem Bündnis, das sämtliche Komplikationen der kommenden einhundert Jahre aufgelöst haben würde. Der westlich orientierte liberale Geist in Preußen konnte sich gegen die konservative Tradition nicht durchsetzen. Das Aufblühen dieser Bewegung nach 1850 erstarb mit der Entlassung der Parteigänger der Wochenblatt-Partei aus den Regierungsfunktionen im Zuge der Diskussion um die Thesen Bunsens² um ein preußisch-englisch-französisches Bündnis gegen Rußland 1853-54. Die Liberal-Konservativen warnten vor einer möglichen Herrschaft Rußlands bis zum Rhein. Die Verhandlungen mit London scheiterten, da die Hände aus vielerlei Gründen gebunden waren.

Wie die deutsche Administration von 1914 um Theobald von Bethmann Hollweg³ beabsichtigte die Wochenblatt-Partei, Bündnisse mit westlichen europäischen Staaten, wie Frankreich und England, zu fördern, um so für Berlin die außenpolitische Handlungsfreiheit zurückzugewinnen. Rußland dagegen war ihr innenpolitisch-verfassungsrechtlich ein Greuel, ein Hort der Reaktion. England erschien demgegenüber als das Zentrum der Freiheit. Die Bindung an den Westen, die in Deutschland sich erst mit Adenauer durchsetzen sollte, quasi die Position der NATO und EU von heute, griff noch nicht. Die Grundprinzipien des Handelns aber waren mit Bunsens und Riezlers⁴ Denkschriften von 1854 und 1914 bereits festgelegt.

In Preußen ging es darum, im Zuge einer Zurückdrängung des russischen Übergewichts, und dies in Verbindung mit England, die preußische Außenpolitik zu aktivieren und dessen Machtstellung neu zu bestimmen, um das alte Prestige wieder zu gewinnen. Preußen, als Vorreiter des Kampfes gegen Rußland, konnte damit zugleich zur Führungsmacht Deutschlands werden. Nicht zu vernachlässigen war gleichzeitig der betont anti-österreichische Akzent, den sowohl Bismarck bei den Konservativen als auch die deutschen Liberalen vertraten. So auch das Wochenblatt

1854 – 1914 – 2014 (Teil 1):

Preußen, England, Rußland

von Dr. Bernd Schulte

Vor 160 Jahren, am 8. September 1855 mußte die russische Armee die Stadt Sewastopol auf der Krim nach fast einjähriger Belagerung durch französische, britische, türkische und italienische Truppen räumen. Damit war der von 1853 bis 1856 währende Krimkrieg im wesentlichen entschieden, auch wenn die Festung auf der Nordseite der Sewastopoler Bucht und der größte Teil der Krim bis zum Kriegsende in russischer Hand blieb. Nachfolgend beschäftigt sich unser Autor Dr. BERND F. SCHULTE mit der Haltung Preußens in diesem großen europäischen Krieg in der Mitte des 19. Jahrhunderts. In den weiteren Teilen geht es um Parallelen zum Beginn des Ersten Weltkriegs im Jahr 1914 und zum aktuellen Konflikt in und um der Ukraine.

aus dem Januar 1852, welches das preußische Heer England in einem kontinentalen Krieg zur Verfügung stellen wollte. Doch der Kulminationspunkt der Entwicklung des Wochenblattes war Ende des Jahres 1853 überschritten, als Graf Albert von Pourtalès⁵ im Auswärtigen Amt die orientalischen Angelegenheiten bearbeitete. Zwischen den Fronten stand der Ministerpräsident von Manteuffel, der zunehmend mehr der pro-russischen Position der Kreuzzeitung zuneigte. Gegen Ende des Jahres 1853 wechselte Preußen immer wieder die Fronten. Als im März 1854, mit der entscheidenden Audienz vor dem König, die Wochenblatt-Vertreter die Erklärung abgaben, eine Sondermission nach London nur übernehmen zu können, wenn Friedrich Wilhelm IV. ein förmliches Bündnis mit den Westmächten schloße, und gegebenenfalls auch zum Krieg gegen Rußland bereit sei, katapultierte Friedrich Wilhelm die Liberalen »Bethmänner« aus seiner Umgebung. Letztlich aus Angst vor der Sprengkraft des Revolutionsgedankens in der damaligen europäischen, politischen Szene.

Weiter vertrat die Denkschrift Bunsens, die ganz auf Konfrontation ging, und die Wiederherstellung Polens vorsah, das Kriegsbild vom kurzen Krieg wie 1914 und stand im Duktus der Verhandlungen des August/September 1914 und Dezember 1940. Die Coburgischen Ernestiner sollten das Königreich Sachsen erhalten, und Rußland zerstückelt werden. Ferner die Ostseeprovinzen unter Einschluß Petersburgs an Preußen und Schweden fallen. Berlin sollte danach von Österreich Schlesien und Mähren erhalten, während Österreich die Lombardei gegen die Donaufürstentümer tauschen, und Schweden die Aalandinseln und Finnland in Besitz nehmen sollte. Damit war bereits 1854 der Kerngedanke der späteren deutschen Expansion im Osten ausgesprochen, und es stellt sich akut die Frage nach den Vorstellungen von NATO und EU heute. Kurz gesagt: **Welches Kriegsbild hat die NATO?**

Mit der Entmachtung der Wochenblatt-Minister war auch die Phase der Konservativ-Liberalen in Berlin vorerst zu Ende. Es hieß, Bunsen sei plump aufgetreten, habe den König vor den Kopf gestoßen und Friedrich Wilhelm wolle nun Bismarck zum Ministerpräsidenten machen. Auch der Prinz von Preußen wurde iso-

liert, und wandte sich verärgert ab. Dessen anti-russische Tendenzen paßten zur Wochenblattbewegung und nicht zur Politik des preußischen Königs. Es triumphierten die Konservativen auch im Abgeordnetenhaus. Erst mit dem Ministerium der neuen Ära von 1858 sollten die liberalen Kräfte um Moritz August von Bethmann Hollweg erneut zur Wirkung kommen. Hier findet sich die Grundposition, die der Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg ab 1909 wieder aufnehmen sollte. Dieser übernahm die Forderungen fast aller Liberalen um die Mitte des 19. Jahrhunderts, nämlich die Feindschaft gegen Rußland, und nutzte diese als Brücke zur Sozialdemokratie der Vorweltkriegsphase.

Es war bereits 1854 Allgemeinbesitz, Rußland besitze ein zu schwaches Bürgertum. Das despotische System werde durch liberale Reformen fallen. Ein breiter Russenhaß solle die deutsche Bevölkerung beherrschen, so der Prinz Albert von Sachsen-Coburg und Gotha.

1 – Als Kreuzzeitungspartei wurde Mitte des 19. Jahrhunderts die preußische Konservative Partei genannt, deren führende Vertreter häufig in der »Kreuzzeitung« publizierten. Als liberal-konservativer Gegenpart agierte die sogenannte Wochenblattpartei. Führender Kopf der Wochenblattpartei war MORITZ AUGUST VON BETHMANN HOLLWEG, der Großvater des späteren Reichskanzlers

2 – CHRISTIAN KARL JOSIAS VON BUNSEN (1791-1860), preußischer Diplomat, 1841 bis 1854 preußischer Botschafter in London.

3 – THEOBALD VON BETHMANN HOLLWEG (1856-1921), 1909 bis 1917 deutscher Reichskanzler, maßgeblich mitverantwortlich für die Auslösung des Ersten Weltkrieges. Als Nachfolger in Hohenfinow war er ab 1886 als Nachfolger seines Vaters Landrat von Oberbarnim, bevor er als Oberpräsident (1896), Regierungspräsident (1899) und preußischer Innenminister (1905) Karriere machte.

4 – KURT RIEZLER (1882-1955), deutscher Diplomat, Politiker und Philosoph. Als enger Vertrauter des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg vor und im Ersten Weltkrieg verfaßte er die sogenannten »Riezler-Tagebücher«, die als Quellenzeugnis in der einschlägigen Forschung zum Ersten Weltkrieg kontrovers diskutiert wurden.

5 – ALBERT VON POURTALÈS (1812-1861), preußischer Diplomat und führender Vertreter der Wochenblattpartei.

Spielzeit in sechs Sprachen

Eberswalde (prest-ew). Mit einem mehrsprachigen Handzettel wird neuerdings für die Eltern-Kind-Gruppe SPIELZEIT in Eberswalde geworben. Als Angebot zum Kennenlernen des Kita-Alltags wendet sich die SPIELZEIT seit März 2015 an zugewanderte Familien. In einem Raum der Kita GESTIEFELTER KATER an der Schorfheidestraße können Eltern und Kinder dienstags und donnerstags zwischen 8.30 und 11.30 Uhr gemeinsam spielen, basteln, singen und sich austauschen. Der neue Flyer bewirbt das Angebot auf Arabisch, Englisch, Französisch, Russisch, Spanisch und Deutsch.

Bereits 250 Mal hat Erziehungshelferin Corina Schukin Besuch in der SPIELZEIT bekommen. Bisher hat sich ihr Angebot allein durch Weiterempfehlungen herumgesprochen. »Wir wollen alle Eltern in Eberswalde erreichen, die nach Deutschland geflüchtet sind. Ich denke, mit sechs Sprachen kann unser farbenfroher Flyer viele Menschen ansprechen und in die Spielzeit einladen«, so Corina Schukin. Sie sieht die Spielzeit als Brücke für die Kinder in die Kita. Dazu bietet sich der Treffpunkt in der Kita Gestiefelter Kater an. Selbst für viele Eltern ist der abwechslungsreiche Kita-Alltag eine neue Erfahrung, von dem sich gerade die Kleinen schnell begeistert zeigen. Inzwischen haben bereits fünf Mädchen und Jungen aus der SPIELZEIT einen Kitaplatz bekommen.

In der SPIELZEIT können nicht nur die Kinder neue Spielkameraden kennenlernen, sondern auch ihre Eltern sich untereinander austauschen. Außerdem weiß Corina Schukin den ein oder anderen guten Rat für Behördengän-


FOTO: STADTVERWALTUNG EBERSWALDE

Zur Eltern-Kind-Gruppe SPIELZEIT für zugewanderte Familien in die Kita GESTIEFELTER KATER in Eberswalde lädt CORINA SCHUKIN neuerdings auch mit einem in sechs Sprachen gehaltenen Handzettel ein.

ge. Regelmäßig erkundet die Gruppe zudem die Stadt bei Ausflügen, etwa in das Freizeitbad baff, den Familiengarten oder den Park am Weidendam. Auch an der Eltern-Kind-Gruppe Schwungtuch der Kita Gestiefelter Kater haben die Familien aus der SPIELZEIT schon teilgenommen.

Wer das Projekt unterstützen möchte, kann zum Beispiel Flyer bei Corina Schukin anfordern. In zahlreichen Einrichtungen in Eberswalde liegt der Handzettel schon aus.

Interessenten können den Info-Flyer der Eltern-Kind-Gruppe SPIELZEIT unter kita_gestiefelter_kater@gmx.de oder am Telefon direkt bei Corina Schukin bestellen: 0176/ 41713869.

Download: www.eberswalde.de/austausch/m3pp2

Konrad-Wolf-Ehrung in Bernau

Die Linke Bernau wird gemeinsam mit dem Kulturbund Niederbarnim e.V. am Montag, den 19. Oktober, den Antifaschisten, Filmkünstler und Ehrenbürger der Stadt, KONRAD WOLF ehren. Anlaß ist dessen 90. Geburtstag.

Konrad Wolf (1925-1982) war als Angehöriger der Roten Armee im April 1945 kurzzeitig Stadtkommandant von Bernau. Seine Kriegserlebnisse beschrieb Wolf 1968 in seinem DEFA-Film »Ich war neunzehn«.

Anzeige

Lieber Eckhard,
herzlichen Glückwunsch zu Deinem
60. Geburtstag
Viel Gesundheit und alles Gute – das
wünschen Dir all Deine Freunde.
Deine großartige Einsatzbereitschaft
zu allen politischen Ereignissen sind
beispielgebend für viele Menschen.
Mach weiter so, lieber Eckhard, und
sei immer tapfer.

*Im Namen aller Freunde
NORBERT GLASKE*

Die Ehrungsveranstaltung beginnt um 16 Uhr an der Gedenk-Stele an der Stadtmauer, Grünstraße Bernau, hinter dem Pulverturm im Stadtpark.

Ab 16.30 wird zu einer Ausstellung mit anschließender Filmdokumentation über Konrad Wolf eingeladen. Diese Veranstaltung findet im Bürgerbüro der Bernauer Linken in der Berliner Straße 17 statt.

MARGOT ZIEMANN

Rentensprechstunde

Rentenempfänger haben die Möglichkeit, einmal im Monat Fragen und Probleme zu ihren Rentenbescheiden durch Mitarbeiter der Brandenburgischen Renteninitiative klären zu lassen. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Renteninitiative« gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen. Die nächste Sprechstunde findet am Mittwoch, 14. Oktober, 10-12 Uhr, im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde, statt.

ANDREA HOEHNE

Wandertips

von BERND MÜLLER

Zum Dorf der Steinschläger

18. Oktober, Sonntag, 10 km

HARTMUT LINDNER vom Verein Die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. lädt heute zu einer Wanderung durch den herbstlichen Buchenwald von Chorin nach Senftenhütte ein. Der Weg führt vom Historischen Bahnhof Chorin über die Kroneneiche in das ehemalige Glashütten- und Steinschlägerdorf Senftenhütte. Kaffee und Kuchen werden in der »Heimatstube« in der ehemaligen Schule (Gemeindehaus) angeboten. Besichtigung der Kirche. Rückkehr 17.30 Uhr, so daß der Zug (RE-3 Richtung Berlin) um 17.48 noch erreicht werden kann.

Treff: 13:30 Uhr Vor dem Lindenblattbistro im Bahnhof Chorin, Bahnhofstraße, 16230 Chorin

Von Alt Cüstrinchen und Alt Rüdnitz

25. Oktober, Sonntag, Wanderung im ehemaligen Landkreis Königsberg/Neumark

Die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. laden ein zu einem geführten 4,5 km Spaziergang auf polnischer Oderseite. Gestartet wird in Hohenwutzen. Gemeinsame Fahrt in Fahrgemeinschaften zum Ausgangspunkt der Wanderung, dem Ort Alt Cüstrinchen (Stary Kostrzynek). Sie spazieren durch den teils verschwundenen Ort und werden Reste der Bebauung sehen. Vom ehemaligen deutschen Friedhof sind einige Familiengräber teilweise erhalten. Danach geht es auf dem Höhenweg der Zehdener Karpaten bis zum Ort Alt Rüdnitz (Stara Rudnica). Es werden 55 Höhenmeter überwunden. Der gemütliche Spaziergang dauert 2 Stunden. Am Ende kehren wir zum Mittagessen oder Kaffee trinken in das gemütliche Restaurant Krystyna in Alt Cüstrinchen ein. Tourleiter Corinna Gerber.

Treff: 13.30 Uhr Hotel »Zur Fährbühne«, Fährweg 17, 16259 Hohenwutzen

Anna Liebenwaldt und die Brandfichte

31. Oktober, Sonnabend, Halloweenwanderung

Ein kleiner NachtSpaziergang mit Lichtern und Geschichten über Samhein oder wie es heute heißt Halloween. Besonders eingegangen wird auf die Geschichte der letzten Hexenverbrennung bei Freienwalde an der Brandfichte. Ob Anna Liebenwaldt erscheinen wird?

Spaziergeschwindigkeit 2 km/h Ca. 2 Kilometer etwa 1,5 Stunden. Wanderleiter Wolfgang Bülow, Organisation Bernd Müller.

Treff: 16:30 Uhr, Bushaltestelle Waldstadt, am Sparrenbusch / Ecke Danckelmannstraße 2 16259 Bad Freienwalde.

Gebühren: 2 €, ermäßigt 1 €

Anmeldung unter 03344/333200 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben werden folgenden Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 2,50 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Ansprechpartner

Eberswalde (prest-ew/bbp). Das Thema Flüchtlinge ist in Deutschland, in Brandenburg und auch in Eberswalde das beherrschende Thema. Viele Fragen liegen den Bürgerinnen und Bürgern dazu auf den Herzen: Woher kommen die Menschen? Welche Unterstützung ist nötig? Wie lange bleiben sie hier? »Um die Eberswalderinnen und Eberswalder nicht mit ihren Fragen allein zu lassen, hat die Stadt Eberswalde eine Telefonnummer und eine eMail-Adresse eingerichtet. Wir wollen als Ansprechpartner beiseite stehen«, so Bellay Gatzlaff, der Sozialdezernent der Stadt Eberswalde.

Per Telefon oder eMail können die Eberswalder seit dem 12. Oktober, direkt mit der Verwaltung Kontakt aufnehmen und ihre Fragen stellen. »Wir verstehen uns als Ansprechpartner, wollen Fragen beantworten und Hilfen dorthin vermitteln, wo sie nötig sind«, so Gatzlaff.

Darüber hinaus bietet die Landesregierung angesichts der großen Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung über das Portal www.asyl-brandenburg.de die neue Online-Serviceseite »Asyl in Brandenburg«. Dort wird über die aktuelle Entwicklung rund um das Thema Flüchtlinge berichtet, es gibt hilfreiche Tips und nützliche Informationen sowie Kontaktmöglichkeiten für Menschen, die sich in Willkommensinitiativen engagieren wollen.

Tel. 03334/64444, eMail: fluechtlingshilfe@eberswalde.de, montags bis freitags von 9-12 Uhr sowie dienstags und donnerstags von 13 bis 18 Uhr

Miss Marple, Tee und Kekse

Eberswalde (prest-ew). Schmökern in der Stadtbibliothek Eberswalde – das geht auch mal in gemütlicher Runde bei Tee und frischen Keksen. Krimiklassiker wie Agatha Christies Miss Marple bieten den Auftakt zur neuen Lesereihe »Schmöker, Tee & frische Kekse« in der Eberswalder Stadtbibliothek. Am Sonntag, dem 25. Oktober, um 16 Uhr, wird Bibliothekarin Gerlind Lehmann aus den beliebten englischen Kriminalgeschichten lesen.

»Mit der neuen Schmökerrunde, bei der es in den Wintermonaten passend zum Titel eben eine Tasse warmen Tee und frisches Gebäck geben wird, sollen sich insbesondere Leserinnen und Leser der Generation 60 plus eingeladen fühlen. Natürlich sind Besucher jeden Alters herzlich willkommen«, so Bibliotheksleiterin Sabine Bolte.

Für 2 Euro gibt es ab sofort Karten in der Stadtbibliothek, die sich im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio in der Puschkinstraße 13 befindet. Kekse und Tee sind im Preis inbegriffen. Bereits am 15. November, ebenfalls 16 Uhr, gibt es wieder »Schmöker, Tee & frische Kekse« in der Stadtbibliothek Eberswalde.

Sprechstunde

Die nächste öffentliche Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE in der StVV Bernau findet am 19. Oktober um 15 Uhr mit der Fraktionsvorsitzenden Dr. Dagmar Enkelmann statt. Ort: Bürgerbüro, Berliner Str. 17.

MARGOT ZIEMANN

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Anzeige

Ein Hoch dem Jubilar!

Unser Genosse **Manfred Dietrich** feiert am 4. November seinen 80. Geburtstag. Dazu unsere herzliche Gratulation.

*Wir wünschen Dir zu Deinem Feste,
das Allerbeste.*

*Bleib stets froh und heiter,
denn das Leben geht immer weiter.*

*Schau immer nach vorne und nicht zurück,
wer so lacht wie Du, hat immer Glück.*

In diesem Sinne wünschen wir Dir, lieber Manfred, alles Gute und beste Gesundheit.

NORBERT GLASKE

für die DKP-Gruppe Oberbarnim

Sonntags in und um Bernau:

Goldener Herbst in Bernau

18. Oktober, 10 Uhr

Die Bernauer Stadtführer laden wieder zum traditionellen herbstlichen Sonntagsspaziergang ein. Auf der Route rund um die Bernauer Altstadt erzählt Stadtführerin Hannelore Eberlein Wissenswertes und Unterhaltsames zur Geschichte der einzigartigen Park- und Wallanlagen sowie der Stadtmauer mit ihren Türmen und Toren.

Freuen Sie sich auf den Goldenen Herbst unseres »Grünen Gürtels«.

Treffpunkt: am Steintor

Unkostenbeitrag 3 Euro pro Person, Kinder frei. kontakt@stadtfuehrer-bernaue.de, Tel. 03338/367088, www.bernaue-stadtfuehrer.de

DRAUFSICHTEN · ANSICHTEN · EINSICHTEN Streik – muß das sein?

Zu Gast ist: JANINE BALDER, Gewerkschaftssekretärin von ver.di im Fachbereich Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen.

Sie organisierte u.a. den Arbeitskampf an den Michels Kliniken in Bernau mit.

Mittwoch, 14. Oktober | 18 Uhr

Treff 23 | Breitscheidstraße 43a | Bernau

THOMAS SOHN,

Stadtvorstand Die Linke Bernau

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: bbp-forum+subscribe@googlegroups.com

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 8. Oktober 2015

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 5. November 2015.